DEBATTE

über die organisatorischen Auffassungen der Kommunisten

Nr. 2 **Dez. 76**

FÜR MITGLIEDER UND KANDIDATEN DES KB UND SEINER MASSENORGANISATIONEN

INHALT:

I N H A L T

VORBEMERKUNG ZUR "DEBATTE" NR 2

Diese zweite Nummer der "Debatte" ist ihrem Inhalt nach zum Teil ein Nachtrag zur ersten Nummer : Das trifft zu auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der ZK-Sitzung am 6./7.11.1976 hinsichtlich der Zerschlagung der Fraktion in der Wiener Ortsgruppe (Abschnitt A) und auf die Diskussionsbeiträge, Berichte und Stellungnahmen aus der Wiener Ortsgruppe und ihren Massenorganisationen (Abschnitte C und D).

Darüber hinaus enthält diese Nummer der "Debatte" zwei frühere Ausarbeitungen der späteren Fraktionsmacher, in denen sich die Entwicklung ihrer liquidatorischen Organisationsauffassungen widerspiegelt (Abschnitt B). Ein Licht auf die Entwicklungsgeschichte dieser Liquidationsströmung wirft weiters ein kurzer Bericht eines Zellenmitglieds von Elin über die Entstehung und Verfestigung der Kapitulationslinie im Elin-Kollektiv. Auch dieser Bericht stammt noch aus der Zeit unmittelbar vor der Gründung des KB Österreichs.

Vor allem die "Stellungnahme zum Resolutionsentwurf" (B.2.) weitet zugleich das Feld der Debatte aus von der Frage des Fraktionismus und den Normen des inneren Organisationslebens auf die Fragen der organisierten Verbindung mit den Massen im Zug des Aufbaus der Organisation und der Linie der organisierenden und organisierten Arbeit unter den Massen.

Der StAu hat die Durchführung der Debatte über die organisatorischen Anschauungen beraten und die im folgenden angeführten "Gesichtspunkte für die Debatte" den Ortsleitungen für ihre leitende Tätigkeit in dieser Debatte vorgeschlagen:

"Gesichtspunkte für die Debatte über die organisatorischen Anschauungen der Kommunisten:

1. Bei der Debatte muß man sich vom Zweck leiten lassen:
   - Klarheit schaffen, Kenntnisse vertiefen in den kommunistischen Org-Auffassungen
   - dementsprechend die organisatorischen Verhältnisse und Beziehungen (innere und unter den Massen) <u>praktisch</u> verändern, revolutionieren
   - <u>im</u> Kampf um die Veränderung der organisatorischen Auffassungen und Verhältnisse die Tatsache verstehen lernen und nutzen, daß falsche organisatorische Auffassungen und Verhältnisse meist mit anderen ideologischen und politischen Abweichungen verbunden sind, daß ihre Aufdeckung also auch genutzt werden kann, um andere politisch-ideologische Schwachstellen und Fäulnisherde in der Organisation zu entdekken und zu bekämpfen.

2. Die Debatte soll von der Klärung der Normen des <u>inneren</u> Organisationslebens hingeführt werden zur Debatte

der prgamosoeremdem Tätigkeit unter den Massen, der die Normen des inneren Organisationslebens dienen.

Die Debatte soll - sowohl, was die inneren Verhältnisse, als auch, was die organisatorischen Verbindungen und Tätigkeit unter den Massen betrifft - immer die Aneignung der Prinzipien mit der Untersuchung und Veränderung der konkreten organisatorischen Verhältnisse verbinden.

3. Die Debatte muß vor allem von den Einheiten getragen werden, ihre Teilnahme muß in dem Sinn gefördert werden, daß sie auch die Ergebnisse ihrer Diskussionen und praktischen Maßnamen schriftlich in Beschlüssen Berichten u. Stellungnahmen festhalten, die zur Durchsetzung des Richtig tigen in der gesamten Organisation beitragen und zu diesem Zweck veröffentlicht werden können. Zu fördern ist insbesondere die kollektive (zellenweise)Teilnahme und die aktive Teilnahme der Arbeitergenossen.

4. Die Debatte muß Bezug nehmen und sich leiten lassen von den Festlegungen der Organisation zu den organisatorischen Fragen (Statut, Programm, Org-Leitsätze, einzelne Beschlüsse - wie etwa zur Spendensammlung).

5. Die leitenden Organe aller Ebenen müssen auch das Falsche offen hervortreten lassen, damit es bekämpft werden kann, dürfen also keine Scheu haben, auch Beiträge mit falschen Auffassungen zur Veröffentlichung in der Organisation kommen zu lassen, wenn diese Beiträge repräsentativ für wirklich vorhandene falsche Strömungen in der Organisation sind.

6. In diesem Sinn müssen die leitenden Organe diese Debatte leiten, ihren Gang und ihre Ergebnisse ständig überprüfen und schließlich, wenn ihr Zweck im wesentlichen erreicht ist, auch zu einem geordneten Abschluß bringen, der die Resultate zusammenfaßt und entsprechende Schlußfolgerungen zieht."

Darüber hinaus soll zur Durchführung der Debatte in den Zellen noch folgendes festgehalten werden:

Die in den Nummern 1 und 2 der "Debatte" enthaltenen Dokumente können und sollen natürlich gar nicht alle für sich in den Zellen diskutiert werden. Gegenstand der Debatte in den Zellen soll vorerst vor allem der Artikel "Einige Lehren..." (G.St.) aus "Kommunist" 2/76 sein, wozu die Dokumente in der "Debatte" als Material herangezogen und nachgelesen werden können. Weiters das Referat "Organisat. Fragen sind Fragen des Linienkampfs" ("DEbatte"1) und der ZK-Beschluß vom 6./7.11.76 (Debatte 2.)

Für das Selbststudium der Genossen wird dringlich empfohlen, im Zuge dieser Debatte vorerst folgende Texte zu lesen bzw. wieder nachzulesen:

a) Lenin : "Der erste Paragraph des Statuts" (Kapitel i) von "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück") LW, Bd.7, S.250-276;
b) Stalin: "Die Partei" (Kap.VIII von "Über die Grundlagen d. Leninismus") u.a.in: Stalin,Fragen des Leninismus,S.85-89

G.St.

A. ERGEBNISSE DER ZK-SITZUNG AM 6./7.11.1976, DIE SICH AUF DIE ZERSCHLAGUNG DER LIQUIDATORENFRAKTION IN DER WIENER ORTSGRUPPE UND DIE SCHLUSSFOLGERUNGEN DARAUS BEZIEHEN

1. BERICHT DES SEKRETÄRS DER ORTSGRUPPE WIEN AN DAS ZK

1. Die Ortsleitung hat auf der Grundlage des Beschlusses der ZK vom 19.9.1976, gestützt auf die Grundeinheiten die Zerschlagung der Fraktion in Angriff genommen, erfolgreich beendet und den Kampf um die Festigung der richtigen Linie in organisatorischen Fragen in der Organisation eingeleitet.
(Beschlüsse der OL vom 23.9.1976, 1.10. und 15.10.1976)

2. Der Beschluß des ZK kam genau zum richtigen Zeitpunkt um den Angriff auf die Fraktionsmacher einzuleiten und war trotz verschiedener Mängel ein geeignetes Mittel zur Zerschlagung der Fraktion, sowohl für die Ortsgruppe, als auch für die Massenorganisationen in unserem Bereich.
Der Hauptmangel des ZK-Beschlusses lag darin, daß er unsere Aufmerksamkeit einseitig auf die formale Ausprägung der Fraktionsmacherei in unseren Reihen lenkte, nicht aber gleichzeitig auf die, der Fraktionsmacherei zugrundeliegenden ideologischen Differenzen in organisatorischen Fragen.

Im ZK-Beschluß heißt es, daß die Fraktion sich auf der Grundlage von "verschiedenen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus" gebildet hat, ohne daß die in diesem Fall alles entscheidende Abweichung von den organisatorischen Grundanschauungen der Kommunisten klar hevorgehoben würde. Nur auf der Grundlage dieser Abweichungen kann sich aber eine Fraktionsmacherei überhaupt entwickeln, gleichgültig, welche anderen Differenzen bei Genossen zur Politik der Organisation bestehen.

Dieser Hauptmangel des ZK-Beschlusses kommt auch zum Ausdruck in der Forderung des ZK an die im Beschluß genannten Genossen. Hier wurde lediglich gefordert, die Fraktionstätigkeit einzustellen und in bezug auf diese Selbstkritik zu üben, nicht aber verlangt Selbstkritik zu üben an ihren abweichenden Auffassungen in organisatorischen Fragen.

Der Fehler, der diesen Mängeln des ZK-Beschlusses zugrundeliegt, war, daß wir den Blick einseitig auf die Zerschlagung der Fraktion gerichtet haben und nicht gleichzeitig von der Notwendigkeit des Kampfs um die ideologische Festigung der Organisation in organisatorischen Fragen ausgegangen sind.

Den Fehler, der den Mängeln des ZK-Beschlusses zugrundeliegt, hat die Ortsleitung in ihrem ersten Beschluß (23.9.) in unrühmlicher Weise fortgesetzt und erst allmählich im Verlauf des Meinungskampfes in der Organisation über

richtig und falsch in organisatorischen Fragen korrigiert (19.10.) Im Beschluß der OL von 23.9. ist überhaupt keine Rede mehr von ideologischen Differenzen in organisatorischen Fragen sondern werden nur mehr die formalen Ausprägungen dieser Differenzen angeklagt.

3. Durch die genannten Mängel im ZK-Beschluß wurde einseitig der Ortsleitung wenig Spielraum für die Vorgangsweise gegen die Fraktionisten gelassen, andererseits im Zusammenhang mit dem OL-Beschluß für die Zellen das Problem aufgeworfen, erst über Umwege zu den wesentlichen Fragen dieses Linienkampfes vordringen zu müssen. Darüber hinaus wurde den Fraktionisten eine offene Flanke geboten, die sie zu einem Gegenangriff auf den ZK-Beschluß ausnutzen konnten. Die im ZK-Beschluß genannten Genossen waren im wesentlichen verbunden nicht durch die Übereinstimmung in einer von der Mehrheitsauffassung abweichenden Linie in der Frage von Krieg und Frieden, wie es erscheinen konnte, sondern durch die Übereinstimmung in der Ablehnung des Prinzips des demokratischen Zentralismus in unserer Organisation. Diese Übereinstimmung hat sie zur Fraktionsbildung getrieben, die aber von den einzelnen Genossen in unterschiedlichem Grad und in unterschiedlicher formaler Ausprägung praktiziert wurde. Einige Genossen waren zum Zeitpunkt des ZK-Beschlusses noch nicht bis zu organisierten Fraktionsmacherei fortgeschritten, andere schon.

Dadurch, daß im ZK-Beschluß der Hauptschlag lediglich gegen die fortgeschrittenste Form der Fraktionsmacherei gerichtet wurde, nicht aber gegen die den Zusammenhalt bildende Kraft der Fraktionisten, traf nur einen Teil voll, den anderen nicht. Zu Recht konnten einige Genossen darauf hinweisen, daß sie an bestimmten fraktionellen Tätigkeiten nicht teilgenommen hatten und deshalb auch bezüglich dieser Tätigkeiten den ZK-Beschluß nicht nachkommen können. Daran klammerten sie sich und von hier aus starteten sie auch einen Gegenangriff auf den ZK-Beschluß, indem sie die Tatsache der Fraktionsmacherei überhaupt leugneten, ihre fortgeschrittenste Form verharmlosten und verteidigten und durch die Beschwörung unterdrückerischer Methoden des ZK und der OL "im Meinungskampf" und das Hervorstreichen der Differenzen in der Frage von Krieg und Frieden, versuchten von ihren Abweichungen in organisatorischen Fragen abzulenken.

Die OL hat erkannt, daß einzelne Genossen in einzelnen Punkten vor allem durch den Beschluß vom 23.9. zu Unrecht angegriffen worden waren und hat diese Fehler im Beschluß von 19.10. korrigiert und so trotz der Angriffe auf den gesamten ZK-Beschluß den betroffenen Genossen die Rückkehr zu den richtigen Grundanschauungen in organisatorischen Fragen und die Möglichkeit des Verbleibens in unserer Organisation offengehalten.

Die Genossen haben diese Möglichkeit ihre falschen Grundanschauungen zu korrigieren nicht benutzt, sondern im Gegenteil sie sind, wie schon einige von ihnen zur offenen Fraktionsbildung weitergeschritten und haben sich in ihrer "gemeinsamen Erklärung" hinter dem Rauchvorhang aller möglichen Differenzen verschanzt, das Konzentrieren der

OL auf die entscheidenden Differenzen in organisatorischen Fragen als ein "Ablenkungsmanöver" der OL charakterisiert und den Kampf gegen den ZK-Beschluß propagiert.

4. Die Fraktionisten konnten mit ihrer "Theorie der Helden" u und ihren diversen Ablenkungsmanövern die überwältigende Mehrheit der Mitglieder unserer Organisation nicht überzeugen. Je weiter die Auseinandersetzung in der Organisation fortschritt, desto klarer wurden die grundlegenden Differenzen und desto eifriger verteidigten die Genossen unser Statut gegen die falschen Ansichten.

Der Meinungskampf in der Ortsgruppe über diese Fragen ist aber keineswegs abgeschlossen. Es wird die Aufgabe der OL sein, ihn so zu führen, daß alle Genossen die Möglichkeit haben, zu erkennen, daß der Kampf gegen den Fraktionismus in seinem Wesen ein Kampf um die Durchsetzung der richtigen Linie in den organisatorischen Grundanschauungen der Kommunisten ist und daß die Einheit der Organisation in dieser Frage erst die Voraussetzung dafür ist, den Meinungskampf in allen andern Fragen richtig zu führen, das heißt so, daß er der Herstellung und Festigung der Einheit der Organisation auf einer richtigen Grundlage dient, und nicht zur Spaltung und Schwächung der Organisation führt.

5. Die Massenorganisationen in unserm Bereich sind der Aufforderung des ZK, auch in ihren Reihen den Kampf gegen die Fraktionsmacherei einzuleiten, nachgekommen. Die Mängel der genannten Beschlüsse führten in den Massenorganisationen im Vergleich zur OG zu größeren Schwierigkeiten, vor allem deshalb, weil dort im Vergleich zur OG liberalistische Haltungen zu organisatorischen Fragen stärker verbreitet waren und die Genossen dort keine Gelegenheit gehabt haben, die praktischen Auswirkungen der organisationsfeindlichen Haltungen der Fraktionisten in so umfassender Weise zu beobachten und mitzuerleben, wie die Genossen der OG.

Der ZA der MLS hat, gestützt auf den Grundeinheiten, den Kampf gegen die Fraktionsmacher und den Liberalismus in Org-Fragen eingeleitet und die Org. hat in diesem Kampf bereits Erfolge errungen.

Im VKI (VUV) ist die Auseinandersetzung über diese Fragen angesichts der großen Veränderungen in der Org. zeitweilig in den Hintergrund getreten.

5.11.76

2. AUS DEM PROTOKOLL DER ZK-SITZUNG : ZUM BERICHT DES GENOSSEN G.SCH. ÜBER DIE ÜBERPRÜFUNG DER HALTUNG DER ELIN-GENOSSEN ZUM § 1 DES STATUTS

Das ZK hat den Bericht von G.Sch. entgegengenommen, der gemäß Auftrag des ZK die "Überprüfung der Erfüllung des § 1 des Statuts durch die Mitglieder und Kandidaten der Zelle Elin der OG Wien" durchführte. Die Überprüfung fiel in die Zeit des Kampfes gegen die Fraktion in der OG Wien, konnte deshalb nicht zu Ende geführt werden und wurde auch durch die Teilnahme an der offenen Fraktionsbildung einiger Genossen der Elin-Zelle überholt. Es sind inzwischen Tatsachen geworden, daß die betreffenden Genossen offen und ausdrücklich das Statut auf der ganzen Linie verletzt, die Tätigkeit in ihren Einheit eingestellt und keine Mitgliedsbeiträge gezahlt haben.
Das Programm wurde bei Gesprächen mit den Gen.F.S. und R.K. von diesen nur formell "anerkannt". Daß es in Wahrheit nicht anerkannt wurde, zeigt sich daran, daß sie nicht von einer unmittelbar vor der Gründungskonferenz von der Elin-Zelle vorgelegten Stellungnahme zum Programm abrück-en und diese zurück-nehmen. In dieser Stellungnahme, die im theoretischen Organ abgedruckt werden wird, wird erklärt, daß das Programm weder als Grundlage für die Politik unserer Organisation noch als Vorschlag an die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung im Sinne der Präambel unseres Programms (s.6), noch als Kampfinstrument gegen den Revisionismus geeignet wäre, sie es aber trotzdem"anerkennen". Schriftliche Zusammenfassungen ihrer diesbezüglichen Positionen haben die beiden genannten Genossen zugesagt, aber nicht geliefert. K.P.Sch. ging der Überprüfung durch G.Sch. aus dem Weg, indem er sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht mit G.Sch. in Verbindung setzte. Die Überprüfung bestätigt die Richtigkeit des Ausschlusses der genannten Genossen aus dem KB Österreichs.

3. BESCHLUSS DES ZK VOM 6./7.11. 1976

Das ZK hat den Bericht der Wiener Ortsleitung vom 1.10.1976 und den Bericht des Sekretärs der OL von 5.11.1976 beraten. Es hat dazu folgenden Beschluß gefaßt:

1. Das ZK hält fest, daß sich der ZK-Beschluß vom 19.9.1976 in der Hauptseite als vollständig richtig herausgestellt hat. Es war richtig, die in der Ortsgruppe stattgefundene Fraktionsmacherei aufzudecken und ihre Zerschlagung einzuleiten. Es war richtig, den Kampf gegen verschiedene dem Geist und Wortlaut unseres Statuts und dem demokratischen Zentralismus widersprechende Anschauungen und die daraus resultierenden Handlungen zu eröffnen, die im ZK-Beschluß im einzelnen angeführt werden und in der einen oder anderen Form von allen betreffenden Genossen gesetzt wurden. Die Richtigkeit des ZK-Beschlusses hat sich bestätigt, weil sich die Tatsache der Fraktionsmacherei bestätigt hat und weil er die schädlichen Auffassungen zu Organisationsfragen aller betroffenen Genossen, auch derer, die sich nicht nachweislich fraktionell betätigt haben, ans Licht gebracht hat, Auffassungen, die auf der ganzen Linie dem Statut widersprechen, auf Liquidation hinauslaufen und rasch zur offenen Bildung einer Fraktion, bestehend aus allen betroffenen Genossen, geführt haben. Mit Hilfe des ZK-Beschlusses und gestützt auf die Grundeinheiten der Organisation konnte die Ortsleitung die Fraktion zerschlagen.

2. Der ZK-Beschluß wäre noch schlagkräftiger gewesen, wenn er nicht allein die fraktionelle Betätigung in den Vordergrund gestellt hätte, sondern auch die liquidatorischen und statutenwidrigen Auffassungen und die daraus folgenden Handlungen. Er hätte, wenn er diese drei Seiten bzw. Vorstufen der Fraktionsmacherei auseinandergehalten hätte, den Zellen und der Leitung der Ortsgruppe Wien den Kampf um die Zerschlagung der Fraktion erleichtert und den Fraktionisten keine Ansatzpunkte für Vernebelungsversuche und Gegenangriffe geliefert. Der ZK-Beschluß wäre schlagkräftiger gewesen, wenn er alle betroffenen Genossen mit den Forderungen nach Einstellung der Fraktionstätigkeit, nach Einstellung <u>aller</u> im ZK-Beschluß genannten Handlungen und nach Rücknahme der liquidatorischen und statutenwidrigen Auffassungen konfrontiert hätte. Grundlage dieser Mängel des ZK-Beschlusses war e s, daß neben der Zerschlagung der Fraktion, der Ausnutzung des Kampfes gegen die Fraktion für die ideologische, politische und organisatorische Festigung der Organisation zu wenig Augenmerk geschenkt wurde.

3. Wo es in der Organisation Widerstände gab, lag das an verschiedenen falschen Ansichten. Es wurde nicht das bürgerliche Klassenwesen und der liquidatorische Charakter der Fraktion durchschaut und daher ihre Gefährlichkeit, wenn sie sich durchgesetzt hätte, unterschätzt. Es wurde nicht erkannt, daß die Haltung zum demokratischen Zentralismus eine Frage der politischen Linie und des Klassenkampfes ist und Statut und politische Linie gegenüberstellt. Es wurde die Bedeutung des Klassenkampfes auf diesem Gebiet geringgeschätzt. Es wurde infolgedessen die falsche Meinung vertreten, daß der Kampf gegen die Fraktion um die Frage von Krieg und Frieden geführt würde, während er ein Kampf zwischen zwei Linien in der Organisationsfrage war und <u>dieser</u> Linienkampf den Widerspruch zum Antagonismus machte.

4. Neben der Beseitigung solcher und ähnlicher falscher Ansichten kommt es jetzt darauf an, das Verständnis unserer politisch-ideologischen Linie in Organisationsfragen zu vertiefen, den Kampf gegen alle Abweichungen von dieser Linie zu führen und dieser Linie im praktischen Org-leben zum Durchbruch zu verhelfen, sowohl in Inneren als auch hinsichtlich der Organisierung der Massen.

5. Angesichts der Tatsachen, daß sich die Fraktion auf der Grundlage einer Kapitulationsströmung herausgebildet hat, und daß solche Tendenzen über den Kreis der Fraktionsmacher hinaus auch in anderen Teilen der Organisation nisten und auch immer wieder unter dem Druck der Bourgeoisie auf der Grundlage weiterbestehender bürgerlicher Elemente im ideologischen, politischen und organisatorischen Leben der Organisation neu entstehen, richtet das ZK an die Organisation die Aufforderung, den ideologischen Aufbau noch entschiedener als Hauptkettenglied anzupacken und dabei alle politisch-ideologischen Fäulnisherde in der Organisation aufzuspüren und hartnäckig zu bekämpfen.

6. Das ZK fordert die Ortsleitungen und die Zellen auf
   - diesen Beschluß unter Zuhilfenahme der Broschüre "Debatte.." und des Artikels von G.St. im theoretischen Organ Nr. 2/76 zu beraten, sich über alle falschen Einstellungen, Auffassungen und Tendenzen in der Organisation, die ebenfalls in ihrer Konsequenz auf die Aushöhlung und den Bruch des demokratischen Zentralismus hinauslaufen, Rechenschaft abzulegen und sie mit dem Ziel, der Herstellung der Einheit auf richtiger Grundlage zu bekämpfen.
   - den Bericht "Organisatorische Fragen sind Fragen des Linienkampfes" von G.St. zu beraten und davon ausgehend alle anderen schädlichen Erscheinungen im inneren Organisationsleben und bei der Organisierung der Massen aufzudecken, sid als Linienfragen zu behandeln, gründlich zu analysieren und sie zu beseitigen. Dabei sollen auch Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten, die bei der Debatte der Org-Leitsätze aufgetaucht sind, berücksichtigt werden.

B. DOKUMENTE ZUR ENTWICKLUNG DER ORGANISATORISCHEN ANSCHAUUNGEN DER LIQUIDATORENFRAKTION IN DER WIENER ORTSGRUPPE

"DISKUSSIONSBEITRAG ZUR SCHULUNG" VON H.F.

Wie ich zur Schulung gestoßen bin, wurde gerade über ihre Verbesserung diskutiert. Es war so die Stimmung da, daß bisher für den Einzelnen recht wenig herausgeschaut habe. Man kam zur Auffassung, daß dies an der mangelhaften Vorbereitung und an der unklaren Themenstellung liege. Von unseren Kollektiv kamen einige arbeitstechnische Anregungen, mit denen man allerdings nichts anzufangen wußte. So einigte man sich, die Kontrollfragen bereits in die Vorbereitung des Textes einzubeziehen. Die erste Sitzung darauf war nicht schlecht, zwei Genossen hatten sich vorbereitet. Danach stellte sich jedoch wieder heraus, daß die Mehrzahl den Text kaum gelesen hatte. Moralische Appelle fruchteten natürlich nichts.

Und so war es, daß einige wenige Leute sich gegenseitig erzählten, was sie eh schon wußten und der Schulungsleiter sich bemühte, die Genossen aus der Reserve zu locken. Viel Erfolg war ihm dabei nicht beschieden. Da und dort kam zwar ein neuen Gedanke hervor, aber daß die Teilnehmer wirklich einen Gewinn hatten, das wage ich stark zu bezweifeln. Zuerst habe ich gemeint, man müsse die Schulung didaktisch besser abwickeln. Das ist sicher richtig, aber ganz gewiß nicht die Lösung. Das Problem sitzt anderswo.

Sehen wir uns einmal die Teilnehmer an. Die Mehrzahl schult sich bereits seit einem halben Jahrzehnt. Der Kurze Lehrgang ist für sie eine ausgezeichnete Zusammenfassung der wesentlichen Erfahrungen der russischen Revolution, eine gute Richtlinie für ein detailliertes Studium dieser Geschichte. Er bringt den Genossen aber nur wenig neues. Es sitzen aber auch andere Genossen in der Schulung. Eine Minderheit, die dieses Buch eben noch nicht gelesen hat und für die alles Neuland ist. Von daher gehen die Teilnehmer mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und auch sehr unterschiedlichen Interessen an die Schulung heran. Beides miteinander verbinden wollen, scheint mir bei dieser Zusammensetzung äußerst schwer möglich zu sein. Das wäre so der schwierigste Weg, den man sich aussuchen kann.

In der Schulung selbst wird sehr wenig selbständig gedacht. Im wesentlichen läuft es so, daß die einen sich bemühen, den Text zu verstehen und die anderen ihn aus dem Gedächtnis referieren. Gerade so sollte aber eine Schulung nicht ablaufen, sie sollte zu selbständigerem Denken befähigen. Hierfür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, das ist das allerwichtigste. Da genügt es nicht, von irgendwelchen Schulungsprinzipien auszugehen, wie es einmal in einem Leitungspapier stand (von H.W glaube ich), man muß auch die Vorkenntnisse und die Interessen der einzelnen Genossen in Betracht ziehen. Der Genosse, der nun seit 10 Jahren die Klassiker studiert, wird die Sache anders angehen als der Genosse, der sich über seine ersten Texte hermacht.

Es gibt nun einige Schulungen geleitet haben und zwar
nicht schlecht. Die meisten von ihnen haben Erfahrungen
gesammelt und sich dabei sicher sehr viel gedacht. Die
könnten fruchtbar gemacht werden. Ich denke, daß einige
dieser Genossen sehr geeignet wären, in kleinen Gruppen
neuen Genossen beim Studium zu helfen. Danach gibt es Genossen, die über Grundkenntnisse verfügen, dieaber vertieft werden müßten. Auch da haben wir Leute, die so was
in die Hand nehmen könnten. In beiden Fällen könnte das
Problem, das bei der gegenwärtigen Schulung auftaucht,
richtig gelöst werden. Auf der einen Seite können jene,
die über mehr theoretisches Wissen verfügen, es weitergeben; und zwar in einer Weise, daß es die anderen für
sich fruchbar machen können.
Auf der anderen Seite können die Schulungsteilnehmer ihre Fraben uffen und unbekümmert stellen und zwar so lange, bis in der Diskussion das Problem verständlich und
lösbar geworden ist. [illegible]
Niemand kann sich da über Unklarheiten hinwegschwindeln
und besonders der Schulungsleiter nicht, der in einer
Kleingruppe von den Ar beitergenossen sehr viel lernen
könnte.

Heute ist es so, daß in einer Schulungsgruppe sehr viel
Intellektuelle auf einem Haufen sitzen. Aus Rücksicht
auf die Arbeitergenossen versucht man mit den eigenen
Problemen und Fragen zurückzuhalten und ab und zu in die
Diskussion einzugreifen um einige Grundfragen zu klären.
Das geht aber nie sehr tief und fast immer aus dem Stehgreif. Dabei ist man eher unsicher und fragt sich, ob
diese Wortmeldung auch am Platz sei. Daß den neuen Genossen so wenig vermittelt wird und daß diese kaum zu eigenen Überlegungen kommen, dürfte einleuchtend sein. So gewinnt ein oberflächlicher Beobachter den Eindruck, daß
da einige Leute zusammensitzen, und ausspucken, was ihnen gerade einfällt. Daß sie sich gegenseitigBestätigen,
was sie eh alles schon wissen, und alle anderen dabei zuhören. Natürlich erlahmt bei allen Teilnehmern das Interesse an der Debatte und der Einzelne stellt sich die
Frage, was er h soll.

In unserer Organisation mangelt es vor allem an theoretischen Anstrengungen, an der Schulung von theoretischem
Geist. Allzu oft beschränkt man sich darauf, einen Text
zu lesen um ihn wiedergeben zu können. Statt ihn zu
durchdringen. Es wird zwar sehr viel von Selbständigkeit
geredet, aber mit der Selbständigkeit im Denken ist es
nicht weit her. Um dies zu fördern, um das ideologische
Niveau anheben zu können, müssen wir dort ansetzen, wo
die Genossen sind. Niemand hat was davon, wenn Phrasen
aufgenommen werden Wenn wir Unterschiede verringern wollen, dürfen wir nicht alles über einen Kamm scheren, sondern es nach oben angleichen. Nur dann können auch die
Reserven ausgenützt werden, die in der Organisation stekken, jetzt aber brachliegen. Dieses Konzept verliert allerdings seinen Sinn, wenn der Schulungsleiter mehr ist
als die Person die Hinweise gibt und Vorschläge unterbreitet. Die Schulung muß ab und zu auch ohne Schulungsleiter auskommen können Mehr Vertrauen in die Genossen,
diese Devise muß nicht nur für die ganze Arbeit, sondern

auch und insbesondere für die Schulung gelten

Ich möchte keinen detaillierten Vorschlag machen, denn ich schreibe eher aus dem Stehtfreif (nachdem ich mir ein bißchen den Kopf zerbrochen hate). Die Schulung sollte nicht auf Kollektivbasis aufgebaut sein. Fürs Kollektiv spricht vor allem (und fast nur), daß der Termin leichter festzulegen ist, Gegen das Kollektiv spricht in den meisten Fällen seine Zusammensetzung. Als Themen könnte ich mir vorstellen:
Einführung in die marx.Philosophie, Einführung in die politische Ökonomie, Studium ausgewählter Klassikertexte (von "Brumaire" über den "Imperialismus" bis zu den "Militärischen Schriften "), Artikelserien wie jene über die Diktatur des Proletariats in der Peking Rundschau. Das müßte man sich alles noch genau durch den Kopf gehen lassen. Ebenso wie die Kandidatenschulung und die Kapitalschulung. Außerden würde ich es für zweckmäßig erachten, wenn einige Genossen sich über einige Grundfragen oder aktuelle Fragen hermachen würden. Wie z.B. über den VII.Weltkongreß, oder über die Einheitsfront, oder über grundlegende Dokumente zum inperialistischen Krieg usw.
Kurz und gut, die Schulung würde sich in wesentlichen auf 3 Stufen abspielen: zuerst einmal Grundschulung mit einen qualifizierten Genossen als Teilnehmer; Gruppen für Fortgeschrittenere; dann themenorientierte Schulungs- und Arbeitsgruppen, bei denen ein gewisses Vorwissen die Voraussetzung ist.

H.F. unterstützt vom Kapsch-Kollektiv
11.3.1976

2. STELLUNGNAHME DES ELIN-KOLLEKTIVS ZUM RESOLUTIONSENTWURF: "DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI AUF DER RICHTIGEN LINIE AUFBAUEN"

I.

Kennzeichnet alle vorgelegten Resolutionen ein sehr hoher Grad an Abstraktion und Realitätsferne, so schießt diese Resolution diesbezüglich wohl den Vogel ab. Mit Ausnahme des Abschnittes 7 über organisatorische Fragen werden in keinem einzigen Abschnitt Aussagen getroffen, die über eine allgemeine Darlegung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu diesem oder jenem hinausgehen.

Dabei gibt es doch eine ganze Reihe von Fragen, die man im Zusammenhang mit dem Parteiaufbau gern geklärt wissen möchte: Welchen Stellenwert hat die Vereinigung der Marxisten-Leninisten im Zuge des Parteiaufbaus?
Strebt man überhaupt noch die Herstellung der Einheit mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen an oder meint man, daß zumindest die VRA inzwischen bereits "restlos im Sumpf des Sozialchauvinismus versunken" und damit ins Lager des Klassenfeindes übergewechselt ist? Versteht man den Parteiaufbau einfach als kontinuierliche Entwicklung des KBÖ in die Tiefe und in die Breite bis zu dem Punkt, wo Quantität in Qualität umschlägt und die Partei reif zur Gründung ist? Oder meint man, daß der Aufbau der Partei und die Entwicklung der revolutionären Massenbewegung Hand in Hand gehen und ohne große politische und organisatorische Brüche in den bestehenden Parteien und Gruppierungen von der Gründung der Partei keine Rede sein kann?
Die Gründung einer nationalen Organisation, die auf diese und die anderen damit in Zusammenhang stehenden Fragen keine Antwort gibt (oder weiß ?) ist ein Akt des politischen Dilettantismus, aber kein ernsthafter Beitrag zum Aufbau der proletarischen Partei.

Wir meinen, daß eine marxistisch-leninistische Organisation, die sich unter den heutigen Bedingungen in Österreich gründet, klar und deutlich erklären muß, daß sie sich in die Tradition der KPÖ bis zu ihrer revisionistischen Umwandlung sowie in die Tradition der österreichischen Marxisten-Leninisten stellen muß. Die Kritik der von der KPÖ und später von den aus der KPÖ

ausgeschlossenen Marxisten-Leninisten gemachten Fehler muß als Selbstkritik verstanden und auch geleistet werden. Was wir anstreben, ist der Wiederaufbau der von den Revisionisten zerstörten KPÖ, der KPÖ, die die revolutionäre Tradition der Österreichischen Arbeiterklasse bis in die frühen 60er Jahre verkörperte. Der Wiederaufbau dieser Partei bedeutet den Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten, aller heute noch von den Revisionisten betrogenen ehrlichen Mitglieder der KPÖ, aller klassenbewußten und fortschrittlichen Arbeiter, die sich heute noch in der SPÖ und den ihr angegliederten Organisationen befinden, aller aus der Jugend- und Studentenbewegung hervorgegangenen ehrlichen Revolutionäre sowie aller revolutionärer Menschen, ungeachtet ihrer gegenwärtigen Partei- und Organisationszugehörigkeit. Der Kampf um diese Einheit kann nur geführt werden im Zuge des Aufbaus einer breiten Einheitsfront der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen Monopolbourgeoisie und Reaktion, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Im Zuge der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse unddes Volkes werden die Marxisten-Leninisten ihre Fähigkeit entwickeln, die Wahrheiten des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung Ideen mit den konkreten Bedingungen ihres Landes zu verbinden, werden sie wirkliche Führer der Massen herausbilden, an denen es uns jetzt noch so sehr fehlt, Führer, die nicht nur mit der Kenntnis des Marxismus-Leninismus gerüstet sind, sondern auch fähig sind, ihn in der Praxis anzuwenden und die eng mit den Volksmassen verbunden sind. Dieser Prozeß wird weder linear noch schmerzlos verlaufen. Er setzt den hartnäckigen Kampf gegen Dogmatismus und Sektierertum, Revisionismus und Rechtsopportunismus voraus, wobei man stets die Herstellung der Einheit vor Augen haben muß. Er setzt voraus, daß die Kommunisten mehr Selbstkritik üben, jede Überheblichkeit und jeden Gruppenegoismus ablegen, die Bereitschaft entwickeln, von den Massen zu lernen und sich in revolutionärer Bescheidenheit üben.

II.

Als Ende 1972 der KB durch die Separation von 12 Genossen der MLS gegründet wurde, wobei ausschließlich Studenten und Intellektuelle die Führung innehatten und mit der Aufnahme der Betriebsarbeit, d.h. der Agitation und Propaganda vor einigen Wiener Großbetrieben begonnen wurde, lag diesem Schritt im wesentlichen folgendes organisationspolitische Konzept zugrunde: durch vorwiegende und intensive Beschäftigung mit den Problemen der Arbeiterklasse größere politische Klarheit und damit die Voraussetzungen zu schaffen für die Organisierung von Arbeitern aus Großbetrieben im KB. Über die ständige Arbeit vor den Betrieben, das Aufgreifen von allgemeinen Fragen des politischen und ökonomischen Kampfes sowie von Spezifischen betrieblichen Fragen praktische Untersuchungsarbeit zu leisten, Sympathisanten aus den betreuten Betrieben zu gewinnen, sie politisch zu leiten und zum Auftreten unter den Kollegen vorzubereiten, um sie schließlich im KB zu organisieren.
Diese Ausrichtung der Organisation war von Anfang an der Schwerpunkt, die Arbeit in den Stadtteilen, unter den selbständigen politischen und kulturellen Initiativen des Volkes usw. war dem untergeordnet. Im KB sind die qualifizierten Kommunisten, die Kader (im Sinn von Berufsrevolutionär), die

sich nach dem von der Organisation schwerpunktmäßig ausgearbeiteten Plan von außen an die Massen heranmachen und sich so mit ihnen verbinden sollten. Um diese Kaderorganisation auf möglichst hohem Niveau zu halten, die Zahl der Intellektuellen in der Organisation möglichst zu beschränken, und die Qualifizierung von Arbeitergenossen im KB optimal zu gestalten, sowie um dem besonderen Weg der Intellektuellen zum Kommunismus gerecht zu werden, wurden Massenorganisationen unter den Studenten, den Schülern und den werktätigen Intellektuellen geschaffen, in denen diese Genossen unter der Anleitung der Kaderorganisation umerzogen werden sollten.

Inzwischen hat sich der Anteil der werktätigen Intellektuellen (28), der Angestellten (14) und der Arbeiter (17) gegenüber den Studenten (20) sehr erhöht (die Zahlen betreffen Mitglieder und Kandidaten; sie sind dem "Organisationsbericht an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien (Statistik)" entnommen, der in fotokopierter Form den Delegierten ausgehändigt wurde).
Sehen wir davon ab, daß aus ehemaligen Studenten inzwischen sowohl Arbeiter (A.R.), als auch Angestellte (P.F.), als natürlich auch werktätige Intellektuelle geworden sind. Diese Zahl fällt kaum ins Gewicht. Der uns hier hauptsächlich interessierende Gesichtspunkt ist der, wie die neuen Arbeiter und Angestellten in die Organisation gekommen sind und wie sie bei uns organisiert werden; der zitierte Organisationsbericht hält fest:

> "Von diesem Zuwachs der Organisation stammt allerdings kein Arbeiter aus den Betrieben, wo wir schon lange eine kontinuierliche politische Arbeit machen. Seit der 1. ord. DK ist es keiner Zelle gelungen, einen Arbeiter oder Angestellten aus dem Betrieb zu gewinnen."

Verschiedene Kollektive und Zellen haben mehr oder weniger fixe Sympathisanten, und zwar manchmal langjährige Sympathisanten, keiner einzigen Zelle ist es jedoch gelungen, im Zeitraum von Februar 1975 bis April 1976 einen einzigen Arbeiter oder Angestellten aus dem jeweiligen Betrieb zu organisieren. Im selben Zeitraum sind aber unter den Arbeitern und Angestellten 9 neue Genossen gewonnen worden. Wie?
Auch hier gibt der Organisationsbericht Auskunft:

> "Fortschritte hat es gegeben - vor allem durch die Zellen Ottakring, AK/WHSp und in letzter Zeit auch durch die Zelle Eumig - in der Gewinnung von Sympathisanten außerhalb der Betriebe, vor allem im Stadtverkauf. Alle Arbeiter- und Angestelltenkandidaten wurden so gewonnen".

Unserer Ansicht nach sollte uns dieser reale Verlauf des organisatorischen Wachstums des KB zu denken geben und uns zu einer Revidierung unseres organisationspolitischen Konzeptes anregen, das mit der Praxis nicht übereinstimmt und daher notwendigerweise ein Hemmschuh ist

Woran liegt es, daß trotz des anhaltenden Linksdranges und der ständigen Verbesserung der Bedingungen für die revolutionäre Arbeit, trotz der schwerpunktmäßigen politisch-organisatorischen Ausrichtung des KB bei wichtigen Wiener Großbetrieben, trotz regelmäßiger Agitation und Propaganda vor diesen Betrieben und der Verteilung von inzwischen wohl hunderttausenden Flugblättern keine organisatorischen Erfolge erzielt wurden? Das könnte bei dem einen oder anderen Kollek-

tiv sicherlich auch mit besonders erschwerten betriebsspezifischen Bedingungen erklärt werden. Beispielsweise bei Wertheim, wo sich die fortschrittlichen Arbeiter seit langem von der GE irreführen lassen und Leute wie Urban immer noch an der Spitze der heftigen Arbeitskämpfe stehen. Aber bei allen Betrieben?

Wir sind der Ansicht, daß eine kommunistische Organisation nur unter den Massen aufgebaut werden kann und nicht vor den Massen. Wir sind der Meinung, daß die Mitglieder einer kommunistischen Organisation unter den Massen leben und arbeiten und politisch wirken müssen. Die Zahl der Genossen, die aus organisationsnotwendigen Gründen aus ihrem sozialen Kontext zeitweilig herausgerissen und hauptsächlich Funktionäre werden, muß auf ein Minimum beschränkt werden.
Dort, wo die Massen leben und arbeiten, dort wo sie sich in gemeinsamen politischen und kulturellen Initiativen kurz- oder langfristig zusammenschließen, dort müssen die Kommunisten wirken.
Die Kommunisten werden nur dort politische Erfolge haben, wo sie selbst zu den Massen gehören (und "Massen" ist ein politischer Begriff, "Massen" heißt nicht bloß "viele Leute", gleichgültig in welchem Verhältnis sie zueinander sthen. Leute, die sich zufällig zu einem bestimmten Zeitpunkt gerade am Praterstern aufhalten bilden deshalb noch lange keine "Masse" im politischen Sinn. Anders ist das beispielsweise bei der Arena, wo die vielen Leute aus einem bestimmten gemeinsamen Grund hingehen - hier kann man mit vollem Recht von "Massen" sprechen).
Die Kommunisten werden nur dort politische Erfolge haben, wo die Massen sagen: "Die dort, die gehören zu uns, das sind Kommunisten, die schätzen wir, weil sie sich mit ganzer Kraft für unsere Interessen einsetzen, wie wir das schon hundertmal erlebt haben. Die schätzen wir, wenn wir auch nicht mit allen ihren Meinungen übereinstimmen."
Die Kommunisten werden dort keinen politischen Erfolg haben, wo sie sich den Massen von außen nähern und sie belehren. Über diese Kommunisten werden die Massen sagen: "Die dort draußen, die setzen sich zwar für ihre Ideen ein, und sprechen uns ständig darauf an, die sagen sher oft auch richtige Sachen, aber die gehören nicht zu uns. Die arbeiten nicht mit uns, die leben nicht mit uns, die machen nicht bei unseren Initiativen mit. Die haben leicht reden."

In unserem Kollektiv haben wir einen Arbeitergenossen. Er ist verheiratet, hat drei Kinder und arbeitet in einer kleinen Metallfabrik. Es ist nützlich, sich die politische Entwicklung des Genossen K.M. näher anzuschauen. K.M. war eine Zeitlang in der SJ, er ist im Zuge der Entwicklung der Jugendbewegung nach links gegangen und hat sich eine Zeitlang bei verschiedenen kulturellen Initiativen von Jugendlichen (Jazz) beteiligt. Bevor er sich bei uns angeschlossen hat, hat er schon mehrmals marxistisch-leninistische Zeitschrifetn (die "Rote Fahne" der MLPÖ sowie einige westdeutsche Zeitschriften) gelesen und ist zur Ansicht g langt: Das, was die schreiben, ist richtig; die KPÖ ist keine revolutionäre Partei, wir brauchen eine Partei, die für den Sozialismus und Kommunismus kämpft, und zwar so, wie er in China und Al-

banien ist, nicht so, wie in der Sowjetunion; dazu möchte ich auch etwas tun, dafür möchte ich meine Familie, meine Freunde, meine Arbeitskollegen, meine Nachbarn gewinnen. Die MLPÖ entsprach nicht seinen Vorstellungen. Er hat sie einige Male besucht und sich bald wieder verabschiedet. Kurz darauf kam er mit dem KB in Kontakt und beschloß sehr schnell, bei uns mitzuarbeiten. Unglücklicherweise teilt er das schicksal aller 9 zwischen der 1. und der 2.DK aufgenommenen Arbeiter und Angestellten: er arbeitet nicht in einem der von uns betreuten Wiener Großbetriebe. Deshalb wurde er zuerst in die Stadtteilzelle Ottakring gesteckt und als Kandidat aufgenommen. Genosse K.M. ist im 5. Bezirk aufgewachsen und lebt seit einiger Zeit in einem Gemeindebau in Floridsdorf. Ottakring ist für ihn halt irgendein Stadtteil, er kennt dort kaum Leute und ist mit den Problemen kaum vertraut. Genosse K. . hatte damals überdies noch kein Fahrzeug und ist deshalb mehrmals in der Woche mit der Straßenbahn in die Halbgasse und nach Ottakring gefahren: zu Sitzungen, Schulungen, zum Zeitungsverkauf und wieder zu Sitzungen - jeweils eine Stunde hin und zurück. Nach wenigen Monaten ist er gewissermaßen in seinem "revolutionären Schwung erlahmt" (wobei ihm das Kollektiv tatkräftig geholfen hat, indem es ihn mit Aufgaben überhäufte) und hat sich abgeseilt.

Tatkraft und Einsatzbereitschaft eines Wiener Arbeiters sind jedoch nicht zu leicht zu brechen. Wenn sich Genosse K.M. einmal zu etwas entschlossen hat, dann braucht es schon mehr, um ihn von seinem Entschluß abzubringen. Auf dem täglichen Weg in seine Fabrik kommt K.M. bei der Elin vorbei und sieht uns dort. Einmal kommt er zu uns, sagt, er möchte wieder etwas tun, Ottakring ist weit, die Elin ist na he, kurz, er möchte bei unserem Kollektiv mitarbeiten. Dasselbe Spiel beginnt sich zu wiederholen - mit dem Unterschied, daß das geographische Problem aus dem Weg ist. Seine politische Tätigkeit wird wiederum nicht so organisiert wie es für den Kommunismus, für die Organisation und schließlich ja auch für ihn am sinnvollsten ist - nämlich auf den Betrieb, in dem er arbeitet, auf die Menschen, mit denen er als Arbeiter innerhalb und außerhalb des Betriebes tagtäglich zu tun hat.

Sein Tätigkeitsbereich ist nun der aller Genossen des Kollektivs: Elin-Arbeiter für den Kommunismus gewinnen, alles andere diesem Schwerpunkt unterzuordnen (auch die Betreuung von Sympathisanten aus dem Stadtverkauf). In der Agitation vor dem Fabriktor ist Genosse K.M. geradeso gut oder schlecht wie jedes Kollektivmitglied, wie jeder Verteiler gänzlich anderer sozialer Stellung. Mit dem Nachteil, daß er aus Zeitgründen nicht so oft zum Betrieb kommen kann und sich erst mühsam einarbeiten muß. Für die Elin-Arbeiter ist er genauso "draußen" wie alle anderen.

Dann kann er überhaupt nicht mehr verteilen, weil sein neuer Arbeitsplatz das nicht mehr zuläßt. Er entfernt sich immer mehr von den Problemen beim Betrieb. Die politischen Diskusionen findet er zwar interessant und nimmt daran auch teil, aber was folgt für ihn daraus für seine Praxis, für seine Arbeit und sein Leben in dem ganz präzisen Milieu, das er

kennt, wo ihn die Kollegen kennen, wo er viele Freunde und Bekannte hat? Was soll er dort tun? Er braucht die Vermittlung zwischen den politischen Diskussionen und seiner Praxis wie jeder von uns im Kollektiv. Möglicherweise ist es andernorts anders. Genosse K.M. hat freundschaftliche Kontakte zu Genossen unseres Kollektivs, die über die bloße politische Zusammenarbeit hinausgehen und sich auch in gemeinsamer Freizeitgestaltung zeigen. Einmal unternimmt er mit ein paar Genossen eine Reise ins Ausland, oft trifft man sich, trinkt ein paar Bier zusammen und redet. Dabei spricht man auch über persönliche Angelegenheiten, über Fragen der Familie, der Arbeit ... dann plötzlich wird es interessant, dann erzählt er von sich aus von Schwierigkeiten, die er ganz real, als Arbeiter, als Kommunist hat. Die er mit uns bespricht - weil er sie lösen muß.

Meistens aber trifft man sich im Kollektiv. Die Kollektivsitzungen haben ein großes Programm. Er muß früh aufstehen, hat Frau und drei Kinder. Im Kollektiv diskutiert man die Richtlinien der Leitung, die Rundschreiben, diskutiert neue Ereignisse der internationalen und nationalen Lage, diskutiert den Rechenschaftsbericht und den Arbeitsplan, den Arbeitsplan für Elin und den Stadtverkauf, versteht sich. Genosse K.M. interessiert sich immer weniger für das Kollektiv, zieht sich zurück, erscheint nur mehr unregelmäßig, verschläft den Stadtverkauf, entschuldigt sich, bleibt wieder weg. Genossen, die ihn gut kennen und mit ihm befreundet sind, treffen sich mit ihm, besprechen das. Aber es nützt kaum etwas. Bei der Diskussion des Rechenschaftsberichtes übernimmt er die Vorbereitung des Teils über den gewerkschaftlichen Kampf. Er sagt, nachdem er sich wirklich bemüht hat, daß er mit den getroffenen Aussagen nichts anfangen kann, er sagt, das gibt nichts her für meine Arbeit als Kommunist. Es liegt nicht daran, daß er es nicht versteht. Genosse K.M. liest sehr viel, beschäftigt sich mit dem Marxismus-Leninismus sehr intensiv, nimmt auch an der Schulung teil.

Gegenwärtig befindet sich Gen.K.M. auf verlängertem Urlaub. Vorher hat er sich im Kollektiv noch lebhaft an der Diskussion über die linksradikale Linie beteiligt und sich fürchterlich über die Art aufgeregt, mit der unsere Positionen auf den beiden Versammlungen im Porrhaus behandelt wurden. Seitdem hat er sich immer mehr zurückgezogen. Wir wissen nicht, wie er sich verhalten wird, wenn er aus dem Urlaub zurückkommt. Es ist voraussehbar, daß er den KB verlassen wird - wie vor ihm schon einige andere Arbeitergenossen. Wir sind der Ansicht, daß Gen.K.M. ein guter Kommunist ist. Er wird es auch bleiben, auch dann, wenn er unsere Organisation verlassen sollte.

Wir haben das Beispiel des Gen.K.M. sehr ausführlich behandelt. Wir sind nämlich der festen Überzeugung, daß Gen.K.M. kein Einzelfall ist. Er ist nicht einmal in unserem Kollektiv ein Einzelfall, wo wir mit Gen.W M. ähnliches erleben und es noch schwieriger ist, ihn in die Arbeit des Kollektivs einzubeziehen. Sicherlich haben wir bei beiden Genossen auch Fehler gemacht, sicherlich ließe sich das eine oder andere auch im Rahmen des gegenwärtigen Organisationskonzeptes verbessern. Aber es geht darum, das Übel an der Wurzel zu packen.

Das Beispiel des Gen.K.M. ist ein durchaus typisches Beispiel, sowohl dafür, wie sich Arbeiter und Angestellte uns politisch nähern, als auch, wie sie dann im KB organisiert werden. Bei vielen, die wir gewinnen könnten ist es so, daß sie gar nicht erst so weit kommen wie K.M. Was machen wir z.B. mit einem, der sich im Zuge des Stadtverkaufes an einen Genossen wendet? Jeder wird sagen: natürlich mit ihm ausführlich reden, einen Klassenkampflesezirkel bilden, ihn in den Zeitungsverkaufes an einen Genossen wendet? Jeder wird dagen: natürlich mit ihm ausführlich reden, einen Klassenkampflesezirkel bilden, ihn in den Zeitungsverkauf einbeziehen.
Gut, Genossen, so weit haben wir uns das auch überlegt. Und dann, was machen wir, wenn er sagt, Zeitungsverkauf gut und schön, aber ich möchte was machen, dort wo ich lebe und arbeite. Dann müssen wir ihm sagen: "Genosse, deine Absicht in Ehren, aber wir konzent-rieren und aufs Industrieprolertariat bzw. auf die erwähnten Stadtteile. Wenn du im 20.Bezirk wohnst, dann mußt du halt zur Elin fahren, oder nach Ottakring und dort in den Kollektiven mitarbeiten. Wir können uns nicht zersplittern. Die Organisation ist noch klein, wir müssen Schwerpunkte setzen. Da könnte ja jeder kommen und in seinem Bereich Politik machen wollen. Glaubst du, daß wir so die Partei aufbauen können? Übrigens, wieviele Leute gibt es denn überhaupt in deinem Betrieb? Na, siehst du! Bei der Elin sind es 1.400!!!"

Wir meinen, daß wir uns so etwas auf keinen fall noch länger leisten dürfen. Prinzipiell sollte die Organisierung von Arbeitern und Angestellten darauf ausgerichtet werden, daß sie unter ihren Kollegen, in ihren Bereich politisch tätig sind und dabei von der Organisation unterstützt werden. Das gleiche sollte im wesentlichen auch für die werktätigen Intellektuellen gelten sofern sie nicht für bestimmte organisationsbedingte Aufgaben dringend benötigt werden. Erst dann, wenn die Mitglieder der Organisation tatsächliche Vertreter, sozusagen "Delegierte" der Massen sind und sich die Organisation auf diese Weise in engster Verbindung mit den Massen von unten her aufbaut, werdenwir auch tatsächlich politisch weiterkommen und wirklich das Prinzip "Aus den Massen schöpfen, in die Massen tragen" verwirklichen können. Wir meinen, daß man unter diesem Gesichtspunkt an die Erarbeitung einer richtigen Linie in organisatorischen Fragen herangehen muß.

Gerade das Gegenteil geschieht im Pkt.7. der vorliegenden Resolution, nicht die Verankerung der Organisation unter den Massen ist das Ziel dieser Linie, sonderndas bekannte Heranmachen an die Massen von außen "entlang den objektiven Strukturen". Hat man früher noch die Unterscheidung zwischen Betriebskollektiven und Betriebszellen gemacht, je nach dem, ob bereits Arbeiter und Angestellte aus dem Betrieb drin organisiert waren oder nicht, so ist diese Unterscheidung durch die stürmische Entfaltung des Dogmatismus und Schematismus inzwischen wohl schon überflüssig geworden. Man lese und staune:

"Wir müssen festhalten, daß für säntliche Betriebszellen - ob sie nun bereits Mitglieder, Kandidaten oder feste Sympathisanten im jeweiligen Betrieb haben oder nicht (!) - die Aufgaben die gleichen (!) sind."

Mit der Methode benogelt man sich doch nur selber: "Betriebszelle" Elin, "Betriebszelle" Wagner Biró usw. Der volle Wahnsinn tritt zutage, wenn diesen "Betriebszellen" ans Herz gelegt wird, eine Arbeitsteilung zu entwickeln, die sich "v.a. an den objektiven Strukturen im Betrieb, wie z.B. Abteilungen, Hallen, Stockwerken, Shhichten usw." orientiert. Das für "Betriebszellen ", die im günstigsten Fall an die 10 feste Sympathisanten in Betrieben mit 800-2000 Leuten haben und noch keinen einzigen KB-Genossen im Betrieb! Wer das geschrieben hat, ist in seinem geistigen Höhenflug wohl nicht mehr zu stoppen.

Man wird einwenden (Platzpatronen von "links"!), unsere organisatorische Konzeption sei opportunistisch, weil sie sich nicht "in erster Linie auf das Industrieproletariat" konzentriert. Wir halten diesen Einwand nicht nur nicht für berechtigt, sondern obendrein noch für eine üble, defätistische Unterschätzung der revolutionären Kraft des Proletariats der großen Industriebetriebe. Die großen Industriebetriebe sind das Herz der kapitalistischen Produktion. In ihnen sind die Arbeiter am geschlossensten zusammengefaßt, in ihnen finden die wichtigsten Arbeitskämpfe statt. Gegenwärtig ist das Verhältnis zwischen fortschrittlichen, passiven bzw. uninteressierten und rückschrittlichen Arbeitern zahlenmäßig noch nicht sehr günstig. Zweifellos wird sich dieses Verhältnis ändern, höchstwahrscheinlich wird es sich bald ändern. In dem Maß in dem sich die Widersprüche verschärfen, in dem sich die Bewegung der Arbeiter entwickelt, werden immer mehr Arbeiter politisch aktiv werden. Wer das leugnet, ist kein Marxist. Die politisch aktiven Arbeiter werden sich mit den verschiedenen Parteien und Organisationen auseinandersetzen. Zweifellos wird eine marxistisch - leninistische Organisation, die seriös arbeitet, ein Anziehungspunkt für fortschrittliche Arbeiter sein, auch dann, wenn sie nicht vor dem Betrieb von Genossen dieser Organisation anagitiert werden. Zweifellos werden gerade die Arbeiter der Großbetriebe, aber natürlich nicht nur sie, dem Beispiel des Gen. K.M. foldend sich genau mit der Politik der Marxisten-Leninisten auseinandersetzen. Ein Beispiel: ein Siemens-Arbeiter in der Großfeldsiedlung, der (wie seine Frau auch) mit uns seit langem sympathisiert. Wie wir gehört haben, soll er in Kürze dem Waagner-Biro Kollektiv zugeteilt werden.
Zweifellos wird eine marxistisch-leninistische Organisation, die seriös arbeitet, die die richtige politische Linie verfolgt, und das Hauptaugenmerk auf ihre Verankerung im Industrieproletariat legt, solche Arbeiter organisieren, sie schrittweise dazu befähigen, in ihrem Betrieb als Kommunisten aufzutreten (ohne sie dabei zu verheizen!) und sie dabei in jeder erdenklichen Weise (natürlich auch durch die Agitation vor dem Betrieb) unterstützen.

Die Orientierung auf das Industrieproletariat ist richtig

und muß unbedingt eingehalten werden. Wenn man aber meint, daß man dieser Orientierung gerecht wird, wenn man zu uns kommende Arbeiter vor andere, von uns ausgesuchte Industriebetriebe hinstellt, damit sie dort agitieren, dann ist das falsch, dann ist das eine Vergeudung von Kräften, die anderswo viel effektiver eingesetzt werden könnten.

Wir schlagen daher vor:

- eine gründliche Überprüfung der Arbeit unserer Kollketive vor den Betrieben nach den oben angeführten Überlegungen
- die Intensivierung der Arbeit in und vor den Betrieben, wo mindestens ein Genosse arbeitet und die Aussicht besteht, um ihn herum in Kürze solide Sympathisantengruppen aufzubauen
- Die Einstellung der Agitation und Propaganda vor den Betrieben, wo diese Bedingungen nicht gegeben sind und die Auflösung der entsprechenden Kollektive.
- Die Aufnahme der politischen Arbeit bei den Betrieben, bzw. in der sozialen Umgebung (Wohngebiet), wo unsere Arbeitergenossen arbeiten und leben.

Abschließend noch etwas zu den Massenorganisationen. Die einzige MO, die eine gute und sinnvolle Massenarbeit leistet ist die MLS. Die beiden anderen siechen entweder - wie der RSB - seit Jahren dahin oder verfügen über kein Konzept, wie die VUV, was dort zu realitätsfernen und knöchernen Debatten führt. Seit langem weigert sich die KB-Leitung beharrlich, zum Thema "Massenorganisationen" Stellung zu nehmen. In Mißachtung von Beschlüssen der letzten DK ist das bis heute noch nicht geschehen. Inzwischen steigt die Unzufriedenheit insbesondere mit und in der VUV, alte und erprobte Genossen setzen sich ab bzw. werden in den Kandidatenstand zurückversetzt, was die ganze VUV soll wird eher unklarer als klarer. Wir meinen, daß eine ausführliche Diskussion über die MO, und insbesondere über die VUV dringend geboten ist.
Wir meinen, daß die fehler-hafte organisationspolitische Konzeption des KB in der VUV am deutlichsten zu sehen ist. Hier werden systematisch Leute aus ihrem sozialen Milieu herausgerissen, statt dort auf einer richtigen politischen Linie Politik zu machen und weitere Intellektuelle zu gewinnen. Denken wir bloß an die Absurdität einer "Sektion Sozialversicherung"! In der Sektion ist übrigens ein Genosse beschäftigt, der seit einiger Zeit bei der Elin als Angestellter arbeitet.
Sollte sich im Zuge der Diskussion herausstellen, daß die VUV (was wir vermuten) nichts anderes als eine gigantische Fehlgeburt ist, dann sollte man wirklich keine Anstrengungen mehr daran setzen, sie künstlich am Leben zu erhalten und stattdessen den aktiven Bestand der VUV zellenmäßig nach ihren Arbeitsbereichen bzw. nach ihrer Mitarbeit bei fortschrittlichen Initiativen (demokratischen Psychiater, Arbeitskreise von Kulturschaffenden etc.) organisieren.

(Stellungnahme des Elin-Kollektivs an die a.o.DK des KB Wien vor der Gründungskonferenz)

3. G.F. (ZELLE ELIN): BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DES ELIN-KOLLEKTIVS (SOMMER 1976)

Das Kollektiv ist in letzter Zeit immer weniger den Aufgaben beim Betrieb und in der Stadt nachgekommen. Theoretische Diskussionen, die such aus "Klassenkampf"-Diskussionen ergaben, und andere traten immer mehr in den Vordergrund. Diese Diskussionen waren notwendig, doch insoferne wir die Aufgaben beim Betrieb und in der Stadt gleichzeitig vernachlässigten, setzten wir einen Schwerpunkt in unserer Arbeit, der schädlich ist.

Meiner Meinung nach liegt die Ursache für diese Verschiebung darin, daß es dem Kollektiv nicht gelang, mit den Schwierigkeiten beim Betrieb fertig zu werden.

In den ersten Monaten von 1975 wurde der Versuch unternommen, aus einer fehlgeschlagenen Versammlung zum Thema: "Den Kampf gegen die Auwirkungen der Krise führen" die Lehren zu ziehen und unsere Arbeit zu verbessern. Dazu der Bericht des Elin-Kollektivs vom 9.3.75: "Wir müssen uns auf Grundlage der (zu organisierenden) Kämpfe im Betrieb ideologisch in die Offensive gehen. Wir müssen uns sowohl mit den Argumenten auseinandersetzen, die gegen die Aufnahme von Kämpfen im Betrieb vorgebracht werden, genauso wie mit den sozialen und politischen Problemen, die im Betrieb diskutiert werden, die aber nicht aus der betrieblichen Sphäre stammen. Schließlich müssen wir wichtige Fragen des Klassenkampfes im Betrieb aufwerfen, gleichgültig, ob sie vorher schon diskutiert worden sind oder nicht. Als einen Schritt dazu betrachten wir die Abhaltung von Informationsständen, die nun jeden Freitag beim Betrieb gemacht werden."
In einer Einschätzung der Versammlung (R.K.) wurde eingehender ausgeführt, woran die Versammlung gescheitert war: Die Lage im Betrieb war falsch eingeschätzt worden, "wir gingen davon aus, wenn wir die richtigen Sachen sagen, die richtigen Forderungen vertreten, dann wird die Unruhe der Kollegen in Kampfbereitschaft umschlagen. Wir schätzten die Konflikte im Betrieb als so schwerwiegend ein, daß die Kollegen den Kampf aufnehmen werden. Dieser Fehler entstand weniger aus schlechter Information bzw. Unklarheit über die wirkliche Lage, als aus einem kurzschlüssigen Herangehen an die Aufgaben beim Betrieb: wenn unsere Aufgabe ist, Kämpfe zu entfalten, müssen wir die Arbeiter zur Kampfbereitschaft bringen. Die Verschärfung der Situation arbeitet hier für uns und einmal wird es eben krachen. Die Frage der ideologischen Klarheit die Bedingung für einen Kampf ist, stellt sich dann nicht mehr als bestimmendes Moment für die Lage im Betrieb dar, sondern als spezifisches Problem bei jeder Einzelforderung, bei jedem einzelnen Kollegen.".

Der Bericht vom 9.3.75 setzte sich auch mit den Schwierigkeiten bei der Sympathisanten-Betreuung auseinander, zeigte auf, daß die Sympathisanten als bloße Auskunftspersonen behandelt und umfassende politische Diskussionen mit ihnen vernachlässigt wurden (ein Klaka-Lesezirkel wurde geplant.

Die Aussicht auf ein Weiterkommen beim Betrieb war gegeben, da es dem Kollektiv gelang, Fehler aufzuzeigen und Möglichkeiten zur Behebung der Fehler anzugeben.

Wie ging die Entwicklung weiter? Im Mai 75 wurde eine Versammlung gegen die Verkürzung der Vorgabezeiten organisiert, bei der sich herausstellte, daß das Kollektiv die Maßnahme der Firmenleitung falscheeingeschätzt hatte. Nach diesem Fehlschlag gelang es nicht, die Arbeit wieder voll aufzunehmen.

Die Einschätzungen und Vorsätze vom März 75 hatten offensichtlich keine Konsequenzen auf die Arbeit des Kollektivs nach dieser 2.Versammlung. Dazu der Bericht vom 18.9.75: "Unser Kollektiv hat die Anforderungen, die an jede Grundeinheit des KB gestellt sind nicht erfüllt - weder in Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Agitation und Propaganda beim Betrieb, noch in Hinblick auf die Zusammenfassung und Betreuung der Sympathisanten etc. In der letzten Juli- und ersten August-Woche wurde die Arbeit eingestellt. "Der traurigen Lage im Kollektiv liegen nicht einzelne Fehler und einzelne Abweichungen zugrunde. Es handelt sich um eine politische Linie, die auf die Kapitulation vor dem Klassenkampf und dem Meinungskampf hinausläuft. Diese Linie hat mehr oder weniger alle Genossen des Kollektivs erfaßt." Es wurde festgestellt, daß diese Kapitulationslinie kein spezifisches Problem des Elin-Kollektivs ist und sich im Rahmen eines Kollektivs nur unvollständig bekämpfen läßt.

"Wenn wir nicht insgesamt weiterkommen beim ideologischen und politischen Aufbau der kommunistischen Partei werden die Verfallstendenzen notwendig die Oberhand gewinnen. Jeder nur auf das Kollektiv bezogene Kampf gegen das Kapitulantentum muß daher scheitern."

Das Kollektiv nahm sich nun vor, der Entwicklung der politischen Linie der gesamten komm.Bewegung mehr Aufmerksamkeit zu schenken, in den Meinungskampf um grundsätzliche und taktische Fragen entschiedener einzugreifen.

Für sich allein genommen ist dieser Vorsatz richtig, doch er führt in eine falsche Richtung, wenn man auf Grund einer Feststellung, daß diese Kapitulantenlinie bei fast allen Kollektiven zu finden ist, darauf verzichtet, sich genauestens mit der bisherigen Arbeit auseinanderzusetzen. Der Bericht knüpft nicht an frühere Diskussionen über die Betriebsarbeit an, kein Wort dazu, was aus den Einschätzungen und Vorsätzen vom März 75 geworden ist, außer daß das Kollektiv seine Aufgaben nicht erfüllt hat.

Herbst 75, Anfang 76 ging die Arbeit beim Betrieb insoferne wieder aufwärts, als wir Informationen über die wirtschaftliche Lage des Betriebs und auch über Maßnahmen der Direktion bez. Rationalisierungen hatten, die Auswirkungen der Krise auf die Arbeit bei Elin einschätzen konnten. Ziemlich regelmäßig kamen eigene Flugblätter heraus. Bei den Wahlen war die Vorbereitung der Verteilergruppe sehr genau, aber die Agitation beim Betrieb wurde immer weniger überprüft, zu dieser Zeit begann man, keine Protokolle mehr zu schreiben. Auch für den Jahrestag vom Putsch in Chile war die Vorbereitung gut, der Erfolg jedoch äußerst gering, was ziemlich auf die Stimmung drückte. Die Agitation wurde immer mehr eingestellt.

Die Flugblätter waren nicht das Resultat einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den Kollegen. Die meisten

Informationen kamen vom KP-BR mit dem sich Felix regelmäßig traf. F.Sp. schrieb den Großteil der Flugblätter, leitete die VG und den Verkauf im 20.Bezirk an, trug also den größten Teil der Arbeit (nachdem K.P.Sch.)weg war). Im Kollektiv wurden manchmal diese Mißstände festgestellt, aber keine ernsthaften Versuche gemacht, sie zu beheben. Die Flugblätter brachten so unsere Arbeit nicht weiter, wenn wir hie und da erfuhren, daß Kollegen unsere Flugblätter diskutierten, unsere Linie sogar im Betrieb vertraten, so wußten wir nicht, wer das war. Die Versuche, im Gasthaus mit Kollegen zu reden, versandeten wieder. Die Diskussionen im Kollektiv waren größtenteils von der Arbeit beim Betrieb abgehoben (siehe Bericht März 76). Kein Wunder, daß mit der Zeit auch keine Flugblätter mehr geschrieben wurden. Der Zeitungsverkauf ist in den letzten 2 Monaten auf 4 heruntergegangen.
G.F.

C. DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR DEBATTE ANLÄSSLICH DER ZERSCHLAGUNG DER LIQUIDATORENFRAKTION IN DER WIENER ORTSGRUPPE

W.G. (Ortsgruppe Wien, Zelle Schrack/Wertheim):

ZUM AUSSCHLUSS EINER"FRAKTION":

BEKÄMPFEN WIR EINSEITIGKEIT SCHEMATISMUS UND LIBERALISMUS IN UNSEREN REIHEN;
DECKEN WIR OFFENHERZIG ALLE FEHLER AUF UND IHRE URSACHEN;
ZIEHEN WIR DIE RICHTIGEN SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DEM VERLAUF DES LINIENKAMPFS;
UM DEN REVOLUTIONÄREN GEIST, DIE EINHEIT UND DIE DISZIPLIN ZU ERHÖHEN !!

RÜCKNAHME DER AUSSCHLÜSSE UND WIEDERAUFNAHME, sofern das ein Genosse wünscht!

I. Ich bin der Auffassung, daß das ZK und die OL Wien Selbstkritik üben müssen bezüglich ihres Vorgehens gegen die Genossen, die vom Verdacht einer fraktionellen Tätigkeit getroffen wurden und die aufgrund ihrer Fehler gegenüber den vom ZK und der OL in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlüsse aus der Organisation ausgeschlossen wurden b.w. ausgetreten sind.
Die ausgeschlossenen Genossen haben schon vor dem ZK-Beschluß Fehler unterschiedlichen Charakters gemacht; aber diese Fehler waren kein Grund, mit ultimativem Druck und schwersten Anschuldigungen gegen sie vorzugehen. Der ZK-Beschluß war in seinen Voraussetzungen und seinen Maßnahmen nach falsch. Diesem falschen Beschluß und den Beschlüssen der OL auf seiner Grundlage wollten sichdie betroffenen Genossen nicht unterordnen; dabei griffen sie zu falschen Mitteln und verletzten die formellen Bestimmungen des Statuts. Eine Selbstkritik vom ZK und der OL zu verlangen, heißt nicht, diese Fehler der ausgeschlossenen Genossen zu übersehen oder sich ihnen gegenüber liberalistisch zu verhalten. Aber notwendig ist es, diese Fehler nicht einseitig und schematisch zu behandeln, sondern sie "im Zusammenhang der ganzen Entwicklung" des Linienkampfs zu betrachten, deren Ausdruck und Folge sie waren. Notwendig ist es, sich gegenüber den Fehlern des ZK und der OL nicht liberalistisch zu verhalten, wie das viele Genossen getan haben und immer noch tun, indem sie einfach keine Fehler wahrhaben wollen, wie z.B. die Mehrheit inuunserem Kollektiv.
Noch gefährlicher ist aber der Liberalismus einiger Genossen, die zwar Fehler sehen, aber sie nicht kritisieren und vor allem keine gründliche Selbstkritik fordern wollen, weil sie die politische Linie für richtig halten oder die Autorität des ZK nicht antasten wollen, oder weil sie fürchten, damit einer falschen Linie Vorschub zu leisten.
Die Fehler des ZK und der OL verletzen zwar nicht die formellen Bestimmungen unseres Statuts, aber sie verletzen sehr wohl die organisatorischen Grundprinzipien des Demokratischen Zentralismus, sie verletzen sehr wohl auch die Disziplin:

Die Leitungsorgane dürfen ihre Rechte und Pflichten nicht formell und schematisch ausüben, sondern nur in Einklang mit den realen Verhältnissen, nur aufgrund der konkreten Untersuchung der Sachlage und ihrer Entwicklung, nur aufgrund einer richtigen Behandlung der Widersprüche in unserer Organisation.

Stattdessen haben das ZK und die OL Beschlüsse gefaßt, die der konkreten Sachlage nicht entsprachen und die Widersprüche inder Organisation f-alsch behandelten, die noch nicht antagonistische Widersprüche leichtfertig zu antagonistischen Gegensätzen heraufbeschworen, und sie haben Genossen, die gegen dieses falsche Vorgehen mit falschen Mitteln angingen, ausgeschlossen. Ein solches Vorgehen ist absolut unzulässig.
Es fördert ein formelles, mechanisches Verständnis von der Disziplin in unserer Organisation, das der wirklichen, bewußten Disziplin, die unser Kampf erfordert, direkt abträglich ist.

Solche Fehler der Führung fördern in Wirklichkeit Bürokratismus und Liberalsimsu und gehören zu den gefährlichsten; sie werden aber umso gefährlicher, wenn sie "vergessen" oder gar beschönigt werden, wie das im RS 6 geschieht wo in der Folge nicht die richtigen Schlußfolgerungen aus dem Verlauf der Auseinandersetzung gezogen werden können.

II. EIN VERDACHT IST NOCH KEIN BEWEIS!

Natürlich ist es richtig, sofort einen offensiven Kampf gegen Fraktionisten oder Tendenzen, die auf Fraktionsbildung hinauslaufen können, einzuleiten, wenn ein begründeter Verdacht vorliegt. Natürlich kann man sich dabei nicht aussuchen, wieweit die politischen Auseinandersetzungen zu diesem Zeitpunkt schon entwickelt wurden. Und es gibt auch sicher keine allgemeingültige Regel, wie man gegen Fraktionen vorgeht.

Aber das ändert nichts daran, daß der ZK-Beschlüß von falschen Voraussetzungen ausging, daß er einen bloßen Verdacht zu einer erwiesenen Tatsache machte, daß er vorschnell und subjektivistisch, ohne genaueste Prüfung aller Hinweise von einem feindlichen Verhältnis einiger Genossen zur Organisation ausging und selbst ein feindliches Verhältnis zu ihnen einfach per Beschluß verfügte. Daß er diese Genossen einfach vor das Ultimatum stellte, entweder die Voraussetzungen, von denen der ZK-Beschluß ausging, nämlich die Existenz einer auf die Zersetzung, Spaltung und Zerschlagung der Organisation ausgerichtete Fraktion sofort zuzugeben oder ausgeschlossen zu werden. Daß mit keinem Wort die politischen Abweichungen dieser Fraktion inhaltlich umrissen wurden oder der Kampf gegen ihre politischen Ansichten geführt wurde.

1. Es ist falsch, derart schwere Anschuldigungen auf der Grundlage von ungenügend überprüften Hinweisen und Gerüchten zu erheben und sie schlichtweg zu Tatsachen zu erklären.
Die Ermittlungen der OL und der Grundeinheiten erwiesen lediglich, daß 2 Sitzungen außerhalb der GE n mit

unterschiedlicher personeller Besetzung stattgefunden hatten, bei denen aufgrund der politischen Differenzen und Widersprüche, die einige der Teilnehmer in unterschiedlichem Ausmaß hatten, die Gefahr fraktioneller Absprachen bestand. "Erwiesen" wurde aber auch die Abwesenheit des "bewußten, herten Kerns" (Elin) an diesen Sitzungen, "erwiesen" wurde auch, daß die beschuldigten Genossen sich von den angeblichen Absichten H. F.s distanzierten.

Wie kann man da von einer "Fraktion zur Zerschlagung des KB" reden und wie kann man an diesen Anschuldigungen beharren, nachdem sich die meisten "Belege" als falsch erweisen?
Eine Fraktion ist eine organisierte Gruppe mit bestimmten einheitlichen politischen und organisatorischen Zielen, die sich gegen die politischen und organisatorischen Grundlagen der Organisation richtet und den Kampf gegen diese organisiert. Um einen solchen Verdacht zu erheben, darf man sich "nicht mit der Methode des bürgerlichen Empirismus da und dort einen Punkt herausgreifen". Noch weniger leichtfertig darf man einen Verdacht auf Fraktioniererei aufrechterhalten, wenn sich die "empirischen Belege" als unhaltbar erweisen und man muß sich sehr wohl über die Definition einer Fraktion im klaren sein, wenn man davon redet!

In unserem Kollektiv werdenjetzt die absurdesten Behauptungen herangezogen, um die Existenz einer Fraktion zu "beweisen", nachdem die zunächst angeführten "Belege" an Boden verloren haben. Da wird gesagt, daß es sich um eine Fraktion handle, zeige sich in den politischen Auffassungen dieser Genossen, oder, daß sie eben unbewußt und objektiv fraktioniert hätten, oder, daß es die Fraktion gäbe, weil es die Aussage von H.F. gäbe; oder, daß man sowieso nie herausfinden könne, was wirklich war, weil eine Fraktion geheim sei. Das ist aber alles völlig unmaterialistisch.

Wie hätte man richtig vorgehen müssen?
Die Leitung hätte von den Genossen, die vom Verdachtder fraktionistischen Tätigkeit betroffen waren, Rechenschaft fordern müssen; sie hätte den Genossen, die an diesen Sitzungen teilgenommen haben, klar machen müssen, daß sie sehr wohl Fehler gemacht haben und daß diese Fehler sehr wohl sich zu einer fraktionistischen Tätigkeit entwickeln könnten, aufgrund der politischen Differenzen, die sie hatten; sie hätte sie auffordern müssen, alle organisierten Sitzungen mit Personen außerhalb der Organisation über ihre politschen Differenzen einzustellen.

2. Falsch war es, den Mitgliedern der ganzen Organisation den Verdacht hinsichtlich einer fraktionellen Tätigkeit als erwiesene Tatsache hinzusetzen; richtig wäre es gewesen, die Mitglieder zu mobilisiern, um alle Verdachtsmomente zu überprüfen, und die ganze Organisation zur Wachsamkeit gegenüber solchen Erscheinungen aufzurufen.

3. Um den vom Verdacht getroffenen Genossen die Möglichkeit zu geben sich zu rechtfertigen und bezüglich ihrer Fehler Selbstkritik zu leisten, hätte man ihnen gegenüber vom

Wunsch nach Einheit ausgehend die Methode der Überzeugung und Erziehung anwenden müssen, man hätte ihnen eine längere Bedenkzeit geben und man hätte mehr Geduld aufbringen müssen, statt sofort durch das Ultimatum Druck auszuüben und sie unmittelbar mit dem Ausschluß zu bedrohen. Genauso, wie man Genossen, die in irgend einer anderen politischen Frage von der Linie abweichen oder schwere Fehler begehen, nicht gleich mit dem Ausschluß bedroht, ist auch in organisatorischen Fragen eine ständige Erziehungsarbeit notwendig, und ist eine Vorgangsweise notwendig, die es ermöglicht Fehler einzusehen. Selbst gegenüber eindeutig und offen fraktionistischen Elementen muß man eine zeitlang eine solche Methode einschlagen, wenn es die Bedingungen der politischen Arbeit und die Interessen der Organisation ermöglichen; man muß alles unternehmen, um zumindest den Schwankenden unter ihnen, die aufgrund von Unzufriedenheit oder Schwäche zu Opfern eines bewußten harten Kern geworden waren, trotz ihrer schweren Fehler die Hand zu reichen. Umso nötiger wäre es gegenüber Genossen gewesen, bei denen nur der Verdacht bestand oder bei denen nur die Gefahr bestand, daß sie solche Fehler machen.

4. Falsch ist es schließlich gewesen, die Auseinandersetzung mit den wesentlichen politischen Differenzen nicht weiter zu führen und die ganze Auseinandersetzung nur mehr auf die fraktionelle Tätigkeit zu konzentrieren bzw. sich nur mehr auf die Reaktion dieser Genossen, auf die vom ZK und der OL vorgetragenen Anschuldigungen zu konzentrieren.

Zweifelsohne machten die beschuldigten Genossen dabei Fehler. Ein Fehler war es, gekränkt die Arbeit in den Grundeinheiten niederzulegen, sich damit faktisch außerhalb der organisatorischen Strukturen zu stellen und dann den Genossen anzutragen, faktisch außerhalb mit ihnen über den Kampf gegen die Beschüsse von ZK und OL zu diskutieren. Damit verletzten diese Genossen zweifelsohne die formellen Bestimmungen unseres Statuts. Aber man muß diese Fehler in Zusammenhang des Vorgehens des ZK und der OL sehen, die in ihrem Vorgehen beharrten und sich weigerten, es zu korrigieren. Man muß die Wechselwirkung zwischen diesen Vorgangsweisen und ihre Hauptseite sehen

Es war in der Hauptseite richtig, die Vorgangsweise des ZK und der OL abzulehnen, eine Selbstkritik zu fordern und als Betroffene eine gemeinsame Stellungnahme vorzulegen und auch eine Stellungnahme von H.F. zu fordern bezüglich seines Gesprächs mit Gen.A.C., auf das sich die Vorwürfe hinsichtlich der Existenz der Fraktion, ihrer Tätigkeit und ihrer Ziele zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen gründeten.

Das war weder eine Statutsverletzung noch ein Aufruf zum Fraktionieren, noch eine offene Fraktionsbildung.

Hingegen war es von ZK und der OL in der Hauptseite falsch, an ihrer falschen Vorgangsweise zu beharren, den Vorwurf einer fraktionellen Tätigkeit in unverminderter Schärfe aufrechtzuerhalten, den ultimativen Druck gegenüber den Genossen fortzusetzen statt die Methode der politischen Überzeugung, der Kritik und Selbstkritik einzuschlagen.

III. DER AUSSCHLUSS WAR KEIN RICHTIGES MITTEL!

Und es war falsch, die Genossen kurzerhand auszuschliessen, weil sie sich den Beschlüssen des ZK und der OL nicht beugten, die allesamt auf der nicht erwiesenen Grundlage basierten, daß diese Genossen bewußt und systematisch den KB zerschlagen wollten. Die Bedingungen, an die das ZK und die OL die Mitgliedschaft banden, liefen darauf hinaus, von den Genossen wider ihre Überzeugung das Geständnis und die Einsicht zu verlangen, daß sie fraktioniert hätten und die Organisation zerschlagen wollten. Genossen auf solche Art und Weise kurzerhand auszuschließen, ist unzulässig. Denn erstens müssen Genossen das Recht haben, eine andere Meinung zu den Beschlüssen zu haben und diese Meinung auch beizubehalten, bis ihre Richtigkeit oder Falschheit erwiesen ist.

Zweitens kann die Strafe des Ausschlusses nicht einfach immer gleich verfügt werden, wo die Bestimmungen des Statuts bereits ihre Möglichkeit vorsehen. (Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden...). Es darf nur als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn der Betroffene zu einen revisionistischen oder vollends unverbesserlichen Element entartet ist, wenn verschiedene Versuche, ihn wieder auf den richtigen Weg zu führen, über eine längere Zeit hinweg nichts gefruchtet haben oder wenn es die Interessen der Organisation, die Interessen der politischen Arbeit dringend erfordern, nicht länger zu warten. Auf jeden Fall müssen gemäß der konkreten Situation alle Anstrengungen unternommen werden, um Genossen auch trotz schwerer Fehler auf den richtigen Weg zurückzuführen.

Der Ausschluß ist notwendig, um unsere Reihen von Feinden der Arbeiterklasse und des Marxismus-Leninismus, von Trotzkisten und Revisionisten zu säubern und um die marxistisch-leninistische Einheit unserer Politik zu bewahren.

Der entscheidende Grund, jemanden auszuschließen, muß sein Beharren auf offen revisionistischen Positionen sein, die eindeutig als solche entlarvt wurden. In diesem Zusammenhang wird auch seine Spaltertätigkeit mit ein Grund sein. Die Spaltertätigkeit kann auch zur entscheidenden Seite werden, und zwar dann, wenn sie ernstlich und unmittelbar die politische Arbeit der Organisation gefährdet. Das ist z.B. dann der Fall, wenn Genossen aufgrund ihrer Differenzen langfristig die Erfüllung der Aufgaben in ihrer Grundeinheit behindern, wenn sie außerhalb der Organisation und öffentlich gegen die Linie der Organisation, gegen die beschlossene Politik operieren, wenn sie als besondere Gruppe andere außerhalb kontaktieren etc.

Im konkreten Fall wird man das von den Genossen nicht behaupten können, die z.T außerhalb der GE über ihre politischen Differenzen diskutierten, denen man organisierte Verbindungen und gleiche Auffassungen mit Organisationsfeinden nicht nachweisen kann und die mit falschen Mitteln eine Selbstkritik der Leitung forderten. Man wird auch nicht ernsthaft sagen können, daß man wirklich alle Anstrengungen unternommen hat, sie von ihren Fehlern zu überzeugen, und daß sie zu unverbesserlichen

Elementen entartet sind, zumal das ZK und die OL nicht die geringste Selbstkritik geleistet haben.

"Die Partei muß die Tätigkeit jedes ihrer Mitglieder kontrollieren, um ihre Reihen zu schützen; aber sie darf nie ihre große erzieherische Rolle vergessen... Wir müssen alles daran setzen, diese Parteigenossen zu bessern (die sich von der Partei entfernen) und nur dann aus der Partei auszuschließen, wenn sie unheilbar sind und keinen Wert mehr für die Partei besitzen. Wie in allen Parteien, so gibt es auch in unserer Partei Mitglieder, die wegen ihrer schweren Fehler verurteilt wurden, jedoch nicht die höchste Strafe erhalten haben: den Ausschluß aus der Partei. (Die Partei...) muß sie heilen und sie nicht davonjagen. Solange sie die Partei nicht aus ihrer Mitte ausgestoßen hat, hofft sie immer, daß sie zu bessern sind. Stalin lehrt, daß sich die Menschen bessern können, und das lehrt uns auch die Geschichte der politischen Parteien. Wir sind jedoch nicht so vorgegangen, sind nicht der richtigen Linie unserer Partei gefolgt. Die Leute, die wegen begangener Fehler bestraft worden waren, wurden verachtet und isoliert, ja man hat angeordnet, die überall zu überwachen, zu beobachten, was sie tun, mit wem sie zusammentreffen usw. Das sind wahre Polizeimethoden, die mit der erzieherischen Rolle und der äußersten Wachsamkeit der Partei nichts zu tun haben... Wir müssen uns klar vor Augen halten, daß die Einführung solcher Methoden in der Partei zur flagranten Verletzung der marxistisch-leninistischen Prinzipien des Parteiaufbaus führt." (Enver Hoxha, Rede auf der Parteikonferenz von Tirana, 1948)

In diesem Zusammenhang will ich auch auf die Haltung gegenüber H.F. eingehen. Daß er gegen die politische und organisatorische Linie unserer Organisation gegenüber Genossen in unsolidarischer und offen feindlicher Weise Stellung nimmt und dabei auch mit persönlichen Haßgefühlen gegenüber Leitungsgenossen nicht hinterm Berg hält, daß er damit evt. schwankende und unzufriedene Genossen gewinnen will, das ist sicherlich ein schwerer Fehler. Aber damit ist noch nicht automatisch erwiesen, daß H.F. ein Feind der Arbeiterklasse, ein Renegat des M.L. und für den Kommunismus verloren ist. Solange ist es aber auch nicht richtig, ihn auch von uns aus einfach als Feind der Organisation zu behandeln und damit als Feind des Kommunismus, und jede Verbindung mit ihm abzubrechen; statt davon auszugehen, daß H.F. seine Fehler auch außerhalb der Organisation korrigieren kann.

In diesem Zusammenhang sollte man sich vor Augen führen, daß das ZK der KP Albaniens 1942 eine äußerst gefährliche Fraktion, die bereits über ein halbes Jahr innerhalb der Partei gegen die Partei gearbeitet hatte, trotz mehrmaliger Kritik und Selbstkritik, die z.B. die Unmöglichkeit des bewaffnetes Kampfes und der Gewinnung der Bauern propagierte in einer Situation, da der allgemeine bewaffnete Volksaufstand heranreifte, aus der Partei ausschloß, wobei es die Rädelsführer auf unbestimmte Zeit, einige andere Fraktionisten auf 3 Monate ausschloß; und darüberhinaus verfügte, "die aus der

Partei ausgeschlossenen Fraktionisten nicht ganz von sich zu stoßen, sondern ihnen die Hand zu reichen und alles zu tun, damit sie ihre Verbrechen einsehen und die Reuigen wieder in die Reihen der Partei zurückkehren könnten" (Geschichte der PAA, S.130)

IV. DIE DISZIPLIN MUSS DER POLITIK UND DEM MEINUNGSKAMPF DIENEN!

"Man muß danach trachten, die ganze Entwicklung zu verstehen und das zum Anlaß nehmen, sich ein klares Bild von den organisatorischen Grundsätzen der Kommunisten zu verschaffen." (RS 6)

Aber dabei sollten wir gerade nicht nur die formellen Bestimmungen unseres Statuts im Auge haben, die formellen Rechte und Pflichten der Mitglieder und der Leitung, die dort als unumgänglich verankert sind; sondern wir sollten v.a. den Geist und die Prinzipien des demokratische Zentralismus erfassen, die z.B. im Statut der KPCh (v.a.Art.5) oder auch der PAA niedergelegt sind. Wir sollten uns von deren Studium nicht von dem Argument abhalten lassen, das auch in unserem Kollektiv auftauchte, daß in einem sozialistischen Land oder in so erfahrenen Parteien die Bedingungen ganz anders wären, oder daß man damit auch schon die Bestimmungen in unserem Statut ablehnen müsse.

V.a. sollten wir aber die Auseinandersetzung mit den organisatorischen Grundsätzen der Kommunisten nicht davon lösen, welchem Zweck sie dienen sollen: der Weiterentwicklung und Umsetzung der politischen Linie.

Je mehr wir die richtige Linie entfalten, je mehr wir den Meinungskampf in richtiger Weise entfalten, umso mehr werden wir auch den demokratischen Zentralismus verwirklichen und jeder Unterhöhlung der Disziplin den Boden entziehen. Umgekehrt werden Diskussionen außerhalb der org. Strukturen und Ansätze zur Spaltertätigkeit gefördert werden, wenn man Auseinandersetzungen falsch, schematisch oder unzureichend führt oder zuläßt, daß dem Meinungskampf ausgewichen wird.

Wenn die ausgeschlossenen Genossen Fehler im Meinungskampf machten, so hat das zweifellos ihre Fehler in organisatorischen Fragen begünstigt; aber sicherlich war es nicht umgekehrt, daß diese Genossen seit langem den Zweck verfolgten, das Statut zu mißachten, daß sie ihre politischen Differenzen dafür nur ausnutzten oder sie als "Freibrief" dafür betrachteten.

Diese Sichtweise des ZK und der OL hatte zur Folge, daß sie die Haltung der Genossen zu ihren Beschlüssen völlig verselbständigt, losgelöst von ihren politischen Differenzen, und damit falsch behandelten. Wenn sie die Auseinandersetzung jetzt "zuspitzt" auf ein zurückgezogenes Papier des Elin-Kollektivs zu organisatorischen Fragen und auf ein internes Papier von H.F., das er ebenfalls nicht aufrechterhielt und die Elin-Delegierten schon auf der DK im Frühjahr in seinen Schlußfolgerungen kritisierten; wenn man die gründliche Auseinandersetzung mit ihren wesentlichen Differenzen

zur Kriegsgefahr an die 2.Stelle rückt oder überhaupt für erledigt betrachtet, dann ist das die Fortsetzung dieser falschen Sichtweise.

Im Linienkampf muß man aber am Wesentlichen, Grundsätzlichen beharren und man muß die Differenzen diesbezüglich voll zur Entfaltung bringen.

"Man muß daran festhalten, den Marxismus und nicht den Revisionismus zu praktizieren; sich zusammenzuschliessen und nicht Spaltertätigkeit zu betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken zu befassen. Das Grundlegendste dieser von Vorsitzenden Mao aufgestellten 3 Prinzipien ist, den Marxismus und nicht den Revisionismus zu praktizieren. Wenn man den Marxismus praktiziert und sich mit ganzem Herzen für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in China und in der Welt einsetzt, muß man sich zusammenschließen und offen und ehrlich sein; den Revisionismus praktizieren und sich nur in den Dienst einer Handvoll von Ausbeutern stellen führt notwendigerweise dazu, Spaltertätigkeit zu betreiben und sich mit Verschwörungen und Ränken zu befassen." (Wang Hung Wen, Bericht über die Abänderung des Parteistatuts).

Beim Linienkampf muß man"nicht nur Prinzipienfestigkeit an den Tag legen, sondern auch eine richtige Politik durchführen, zwischen den 2 Arten von ihrem Wesen nach unterschiedlichen Widersprüchen klar unterscheiden, auf den Zusammenschluß mit der großen Mehrheit Wert legen, und die Parteidiszilin einhalten."... "Die Parteidisziplin läßt auf keinen Fall zu, Probleme unter dem Volk in einer solchen falschen Art zu behandeln wie: 'Wenn man jemanden nicht überzeugen kann, so setzt man ihn unter Druck; wenn er trotzdem nicht nachgibt, so sperrt man ihn kurzerhand ein'." (ebenda)

Im Linienkampf muß man Genossen, die abweichende Meinungen vertreten, das Recht zubilligen, diese zu behalten, statt von vornherein gleich mit dem Finger zu drohen, man muß ihnen auch die volle Möglichkeit geben, falsche Ansichten einzusehen, indem man einen geduldigen und solidarischen Kampf dagegen führt; man muß aber auch die Möglichkeit sehen, selber zu irren und Fehler zu begehen, man muß die Möglichkeit sehen, daß eine Tendenz eine andere überdecken kann und eine falsche Tendenz eine Zeitlang auch die Oberhand gewinnen kann, zumal wenn die Praxis noch so unentwickelt ist. Das einzige Mittel, sich dagegen zu wappnen, kann nur sein, das Verständnis der breiten Mitglieder für die Fragen der politischen Linie und den Meinungskampf zu erhöhen, alle Möglichkeiten zu schaffen, daß die Mitglieder befähigt werden, sich immer besser selbständig mit den Problemen auseinanderzusetzen, Entscheidungen zwischen richtig und falsch selbständig zu treffen. Die Leitungsorgane müssen die Mitglieder beständig ermutigen , die einmal getroffenen Beschlüsse nicht schematisch, sondern schöpferisch anzuwenden, u.v.a.kritisch anhand der Praxrs zu überprüfen.

Im Meinungskampf in der Frage der Kriegsgefahr fällt auf,

daß die Leitung die Mitglieder nicht ausreichend angeleitet hat, sowohl selbständig als auch im Rahmen der GE die Klassiker und die Erfahrungen der komm. Weltbewegung zu dieser Frage zu studieren, um sich in einer komplizierten Situation und in einer komplizierten Auseinandersetzung, die quer durch alle m.l. Organisationen und Parteien verläuft, selbständig zurechtzufinden. Das wäre aber die beste Methode gewesen, um die Disziplinlosigkeiten und Statutsverletzungen zu verhindern, ein korrektes Verhalten zu den gefaßten Beschlüssen zu fördern, den Meinungskampf in den Grundeinheiten mit Leben zu erfüllen und die bewußte Disziplin und den revolutionären Geist zu heben!

W.G.

2. H.Z.:(OG WIEN, ZELLE HORNY) ZUR STELLUNGNAHME VON R!R. (HORNY)

In ihrer Stellungnahme sagt R.R.: "Die Hauptseite des Widerspruchs kann in dieser Frage auf keinen Fall eine Verletzung des Statuts sein, das ist in meinen Augen die sekundäre Seite des Widerspruchs, die auf der Grundlage des Hauptwiderspruchs (Meinungsverschiedenheiten zu wichtigen politischen Fragen) zutage getreten ist".
Weiters: "Wenn man jetzt davon ausgeht, daß die Grundlage für die Fehler der ausgeschlossenen Genossen falsche Ansichten waren, dann fällt auf, daß in keinem der Beschlüsse und RS ein ernster Kampf gegen falsche Ansichten geführt wurde und den ausgeschlossenen Genossen deshalb auch nicht die volle Möglichkeit gegeben wurde, diese einzusehen". Sie meint, ".. daß der ZK-Beschluß, sowie alle anderen RS zu diesem Thema eine falsche Behandlung der Widersprüche zur Grundlage haben .. " und stellt mit dieser Begründung Forderungen an die Organisation.

Diese Begründung zielt auf den Angelpunkt der Auseinandersetzungen; aus diesem Grund halte ich die Stellungnahme von R.R. für sehr gut.
Gen. Mao Tsetung sagt: "Wenn ein Prozeß mehrere Widersprüche enthält, muß einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende und entscheidende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre, untergeordnete Stellung einnehmen. Infolgedessen muß man sich beim Studium eines komplizierten Prozesses, der zwei oder noch mehr Widersprüche enthält, die größte Mühe geben, den Hauptwiderspruch herauszufinden. Sobald dieser festgestellt ist, kann man alle Probleme leicht lösen." (Vier philosophische Monographien von Mao Tsetung; Über den Widerspruch S. 60)

Weiters sagt er, daß man bei den ". beiden gegensätzlichen Seiten eines Widerspruchs, sei es nun der Hauptwiderspruch, sei es ein Nebenwiderspruch . ." " ..die hauptsächliche Seite" unterscheiden muß. (S. 61)

Es ist also sehr wichtig, nach Haupt- und Nebenwiderspruch und nach hauptsächlicher und sekundärer Seite im Widerspruch zu suchen. Schlecht ist es aber, wenn man dabei nach subjektiver Willkür vorgeht. Kehren wir zurück zum Kernsatz von R.R.: "Die Hauptseite des Widerspruchs kann . .. " (siehe oben) Wie steht es damit? Genosse Mao Tse-tung sagt: "Jeder Unterschied in den menschlichen Begriffen ist als die Widerspiegelung eines objektiven Widerspruchs zu betrachten. Die Widerspiegelung der objektiven Widersprüche im subjektiven Denken bildet die widersprüchliche Bewegung der Begriffe; Diese Bewegung treibt die Entwicklung des menschlichen Denkens vorwärts und löst in einem fort die Fragen, die sich dem menschlichen Denken stellen. Ständig kommt es innerhalb der Partei zur Gegenüberstellung und zum Kampf verschiedener Ansichten, und das ist eine Widerspiegelung der in der Gesellschaft vorhandenen Widersprüche zwischen den Klassen, zwischen dem Alten und dem Neuen in der Partei" (S 37)

Hier wird sichtbar: Wir können nicht einfach die Meinungsverschiedenheiten zum Hauptwiderspruch erklären, wir müssen tiefer gehen und den Widerspruch aufdecken, der bei der Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten "die führende und entscheidende Rolle spielt". Dieser Widerspruch ist der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Er ist der gesuchte Hauptwiderspruch in den Auseinandersetzungen der letzten Monate, eingeschlossen die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Organisation.
Der letzte Stützpfeiler für den Kernsatz von R.R. ist, daß sie glaubt, er sei durch das ZK gedeckt. Sie zitiert den ZK-Beschluß: "Diese Fraktion hat sich auf der Grundlage von verschiedenen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus gebildet. Die Mitglieder verletzen eindeutig und ein 'harter Kern' offensichtlich auch bewußt das Statut", und meint, daß mit dieser Aussage der Hauptwiderspruch in ihrem Sinne festgelegt ist. Das ist nicht richtig. Wenn man sagt, "... hat sich auf der Grundlage von ... gebildet", dann ist damit ein komplizierter Prozeß bezeichnet, der nicht nur einen, sondern einen ganzen Haufen Widersprüche beinhaltet, und man hat mit dieser Aussage noch nicht den Widerspruch bezeichnet, der bei der Entwicklung des Prozesses aufgrund aller seiner inneren Widersprüche die "führende und entscheidende Rolle spielt". Die Begründung der Forderungen von R.R. ist nicht tragfähig.

Gehen wir jetzt weiter Hauptwiderspruch in den Auseinandersetzungen ist also der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Sein Bestehen kann bis zur Erreichung unseres Ziels, der klassenlosen Gesellschaft, nicht verhindert werden. Er wirkt sich notwendigerweise in der kommunistischen Organisation aus - im Festhalten an bürgerlichen Ideen und im Bestreben, die Organisation von der revolutionären Linie abzubringen.

Die kommunistischen Organisationen stellen sich darauf ein, indem sie den Demokratischen Zentralismus zu ihrem Organisationsprinzip machen. Sie schaffen damit Bedingungen für den Kampf gegen die Auswirkungen des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der kommunistischen Organisation, unter denen allein der Sieg der proletarischen Linie möglich ist.

Warum schafft der Demokratische Zentralismus diese guten Bedingungen? Genosse Mao Tse-tung sagt: "Ob eine Erkenntnis oder eine Theorie der Wahrheit entspricht, wird nicht durch die subjektive Empfindung, sondern durch die objektiven Ergebnisse der gesellschaftlichen Praxis bestimmt. Das Kriterium der Wahrheit kann nur die gesellschaftliche Praxis sein." (Über die Praxis, S. 4)
Die bürgerlichen Ideen sind unrichtige Widerspiegelungen der Wirklichkeit. Sie dienen der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse. Die Bourgeoisie setzt alles daran, um sie in die revolutionäre Bewegung einzuschleusen bzw. in ihr festzuhalten und sie tut daher auch alles, um ihre Überprüfung anhand der Praxis zu verhindern.
Die revolutionäre Bewegung muß daher einen dauernden Kampf führen gegen die bürgerlichen Ideen, und sie muß, um diesen Kampf siegreich führen zu können, ständig um die Verbindung der revolutionären Theorie mit der revolutionären Praxis kämpfen.

Dieser Kampf ist der Kampf um den Aufbau der demokratisch-zentralistisch organisierten Partei der Arbeiterklasse. Nur eine solche Partei kann die Verkörperung der Verbindung von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis sein. Nur eine solche Partei kann sich mit den unter verschiedenen Bedingungen kämpfenden Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes eng verbinden, ihre Linie anhand der Praxis überprüfen und entfalten und die einzelnen Kämpfe zum einheitlichen Klassenkampf der Arbeiterklasse verbinden.

Jede Abweichung von Demokratischen Zentralismus ist objektiv ein Kampf gegen den Aufbau einer solchen Partei, hinzielend auf ihre Zersetzung, auf ihre Loslösung von den Massen und auf die Durchsetzung der bürgerlichen Linie. Der Kampf gegen diese Abweichungen ist absolut notwendig, wenn wir unserer Aufgabe, den Aufbau der Partei der österreichischen Arbeiterklasse gerecht werden wollen.

Es wäre ein schwerer Fehler gewesen, wenn das ZK Fragen des Statuts gering geachtet und den Kampf gegen die fraktionellen Tätigkeiten nicht in aller Schärfe eröffnet hätte, sobald es von ihnen Kenntnis erhielt.

H.Z. 26.10.76

D. BERICHTE UND STELLUNGNAHMEN ZUR ZERSCHLAGUNG DER LIQUIDATORENFRAKTION IN DER WIENER ORTSGRUPPE AUS IHREN MASSENORGANISATIONEN

---

1. BERICHT ÜBER DIE DEBATTE IN DER VUV (JETZT VKI) ÜBER DEN ZK-BESCHLUSS ZUM FRAKTIONISMUS (P.S. IM AUFTRAG DER VKI-LEITUNG, 5.11.1976)

Die alte Leitung hatte beschlossen, mit Unterstützung der KB-Zelle in alle Grundeinheiten zu gehen, um dadurch eine korrekte und gründliche Auseinandersetzung mit den Beschlüssen des ZK bzw. der OL zu gewährleisten. Festgelegt war, daß es bei diesen Debatten darum gehen müsse, Klarheit über das organisationsschädigende Verhalten der nun Ausgeschlossenen zu verbreiten, die Notwendigkeit und die Richtigkeit des Vorgehens von ZK und OL darzulegen, die Bedeutung des Zentralismus für den KB, aber auch für die VUV vor Augen zu führen.

Alle Grundeinheiten bis auf eine (Sektion Kultur) begrüßten mit großer Mehrheit (z.T. einhellig) das Vorgehen von ZK bzw. OL. Die Sektion Regionalpolitik, die in ihrer ersten Diskussion die OL aufgefordert hatte, "ihre Vorgangsweise nochmals zu überdenken, Beweise herauszugeben und ausführlich zu begründen", beschloß nach nochmaliger Behandlung dieser Frage:

a) es wird festgestellt, daß es die organisationsfeindliche Fraktionstätigkeit gegeben hat,
b) das Vorgehen von ZK und OL war im wesentlichen richtig,
c) der Beschluß der ersten Sitzung wird zurückgenommen,

d) die Sektion ist der Ansicht, daß beim Aufdecken der Fraktionstätigkeit vom KB Fehler gemacht wurden. Die Diskussion darüber wird an Hand der Dokumente, die der KB veröffentlicht, nochmals aufgegriffen (mit einer Gegenstimme angenommen).

Hervorgehoben wurde von der Mehrheit der Sektion, daß die Leitenden Organe des KB nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht haben, organisationsschädliche Tendenzen aufzudecken, wenn sie vermutet werden müssen, daß es die Aufgabe jedes Genossen ist, bei der Aufdeckung organisationsfeindlicher Tendenzen mitzuwirken.
Unklarheiten und Differenzen zum Vorgehen des ZK und der OL bestehen im wesentlichen noch in einer Frage: Es wurde nicht als richtig anerkannt, daß die Fraktionstätigkeit von den übrigen inhaltlichen Positionen getrennt wurde. Die meisten Gen. in der Sektion sind der Ansicht, daß schärfer die opportunistischen Positionen etwa der Elin-Genossen im Zusammenhang mit der Fraktionstätigkeit herausgearbeitet werden müssen.
Abgelehnt wurde der Beschluß von Gen. E.K., die offensichtlich in tiefergehender Weise im Widerspruch zu unseren organisatorischen Auffassungen steht.

Mehrheitlich wird auch in der Sektion SV das Vorgehen von ZK und OL für richtig gehalten. Bei einigen Genossen geht allerdings eine abstrakt prinzipielle Ablehnung fraktioneller Tätigkeit einher mit einer Verharmlosung und Relativierung der konkreten organisationsfeindlichen Tendenz. Auf der Suche nach dem Punkt, wo eine "Fraktion" anfängt, verlieren diese Genossen das Wesentliche aus den Augen.

Eine genauere Untersuchung hat ergeben, daß Gen. W.F. an der Fraktionstätigkeit teilgenommen hat. Auf Befragung durch die Genossen in der Einheit teilte er mit, daß er bei einigen Sitzungen dabei war, für ihn wäre eine Klärung dieser Fragen notwendig gewesen und er sei auch nicht bereit, seine politischen Kontakte mit H.F. (mit dem er zusammenwohnt) abzubrechen. Dies wäre einzig und allein seine persönliche Angelegenheit. W.F. wurde von der Sektion bereits vor einigen Monaten wegen Inaktivität in den Kandidatenstatus versetzt, er hat seine Aktivität seither kaum gesteigert;seine Teilnahme an den Fraktionssitzungen und sein Beharren auf organisationsfeindlichen Positionen stellt nur den Höhepunkt dieser schädlichen Haltung dar. Gen. W.F., [illegible] von der Einheit zu einer klaren Stellungnahme der Fraktionsmacherei und seiner Haltung zu H.F. aufgefordert, beharrte auf seinen Standpunkt und ist aus der Organisation ausgetreten.

Die Sektion Kultur hat am 11.10. mehrheitlich (3:2) eine Stellungnahme beschlossen, in der ZK und OL aufgefordert werden, ihre Beschlüsse zurückzunehmen, umfassende Selbstkritik zu üben und die ausgeschlossenen Genossen voll zu rehabilitieren. Auf diese Stellungnahme wird die Leitung gesondert eingehen.

An Hand der Diskussionen der Beschlüsse von ZK und OL traten in mehreren Einheiten Probleme auf:

o worin drückt sich das organisationsfeindliche Verhalten der beschuldigten Genossen aus? Gibt es dafür ausreichende Beweise? Darf man sich denn nicht außerhalb der Grundeinheit treffen?

o Was ist eine Fraktion, wie wurde denn das bisher in der kommunistischen Bewegun behandelt?

o Warum wird die Beschuldigung der Fraktionstätigkeit erhoben, ohne die Abweichung der beschuldigten Genossen in der Frage von Krieg und Revolution zu bekämpfen?

Diese Fragen, die im Laufe der Diskussion einigermaßen geklärt werden konnten, entstanden auf der Grundlage mangelnden Verständnisses der Bedeutung des Demokratischen Zentralismus für eine kommunistische Organisation.

*

"Vom Ziel der Kommunisten her, das Proletariat zur selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei zu organisieren und zum Sturz der Bourgeoisieherrschaft, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus zu führen, ergibt sich, daß in ihren Reihen Einheit in den ideologischen, politischen und organisatorischen Grundanschauungen bestehen muß und Mitglied nur sein kann, wer diese Grundanschauungen teilt und durch seine aktive, organisierte Arbeit in der Organisation und seinen größtmöglichen materiellen Beitrag an der Verwirklichung der Ziele mitarbeitet die sich aus diesen Grundanschauungen ergeben.

Auf der Grundlage dieser Einheit in den Grundanschauungen ist erst das organisatorische Prinzip des demokratischen Zentralismus verwirklichbar, nach dem die organisierte Zusammenfassung von Menschen mit gleichen Grundanschauungen zu einer Organisation aufgebaut wird, die in enger Verbindung mit den Massen nach einheitlichem Willen und Plan in den Klassenkampf eingreift und seine allseitige Leitung anstrebt.

Das demokratische Prinzip dient der Herausbildung eines einheitlichen Willens der Organisation auf der Grundlage der ideologischen, politischen und organisatorischen Grundanschauungen in offenen Meinungskampf um die richtige politische Linie und in einen ständigen Prozeß von Kritik und Selbstkritik ...

Das zentralistische Prinzip dient der Zentralisation der politischen Tätigkeit der Organisation unter den Massen, der Leitung der gesamten Tätigkeit der Organisation nach einheitlichem Willen und Plan von einem führenden Zentrum aus. Das ist die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Organisation wirksam in die Klassenkämpfe eingreifen und die Führung in ihnen erobern kann". (Kommunist 1/76, S. 63 f.)

"Wie das Programm auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Ziele der Organisation und den Weg auf dem diese Ziele erreicht werden, angibt, so legt das Statut auf Grund der Erfahrungen der Arbeiterbewegung die zur Erreichung der Ziele der Organisation notwendigen Grundprinzipien des Aufbaus der Organisation fest" (RS 6 der OL, S. 2)

Die Partei ist das Instrument in der Hand des Proletariats zur Eroberung der Diktatur, solange diese noch nicht erobert ist, zur Festigung und zum Ausbau der Diktatur, nachdem sie erobert ist. Um aber als solches Instrument fungieren zu können, muß sie in jeder Frage, bei jedem Eingreifen als geschlossene Einheit des Willens und des Handelns aller Mitglieder auftreten. Dazu ist "die Einheit in Fragen des Programms und in Fragen der Taktik eine notwendige, aber noch nicht genügende Bedingung für die Vereinigung der Partei, die Zentralisation der Parteiarbeit. Für diese Vereinigung istnoch die Einheit der Organisation notwendig, die in einer aus dem Rahmen eines Familienzirkels herausgewachsenen Partei undenkbar ist ohne ein festgelegtes Statut, ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, des Teils unter das Ganze" (Lenin, Ein Schritt vorwärts ...)

Hält man sich so den Zusammenhang zwischen den im Programm niedergelegten Grundprinzipien der Kommunisten und den im Statut niedergelegten, zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Grundprinzipien des Aufbaus der Organisation vor Augen, so verflüchtigt sich der Vorwurf, die Anwendung des Statuts sei eine administrative Maßnahme, ins Nichts. "Ebenso wie die Leitsätze des Programms sind die Leitsätze des Statuts Gegenstand einer ständigen Auseinandersetzung und eines ständigen Kampfes um ihre Durchsetzung in der täglichen Arbeit, sowie ihrer richtigen Anwendung auf die jeweiligen bestimmten Verhältnisse" (RS 6 der OL, S. 2)

Es handelt sich um eine Frage der politischen Linie in der Frage des Org. Prinzips, und das ist eine nicht gerade unwesentliche Frage, denn das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. "Es kann und wird unbedingt nur dank dem Umstand eine unbesiegbare Kraft werden, daß seine ideologische Einigung durch die Prinzipien des Marxismus gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation.... (Lenin, Ein Schritt ..)

Aus der Funktion der Partei und der Bedeutung, die dabei den organ. Prinzipien zukommen, ergeben sich auch die Kriterien für die Untersuchung der Handlungen und Positionen der Ausgeschlossenen! War ihr Verhalten davon bestimmt, die Einheit und Geschlossenheit der Organisation zu wahren, haben sie die von der Mehrheit angenommenen Beschlüsse unterstützt und nach außen vertreten, haben sie die führende Rolle der leitenden Organe anerkannt, haben sie die innerorganisatorische Kritik als eine Waffe zur Festigung und zur Stärkung der Kampffähigkeit der Organisation eingesetzt, haben sie ihre Meinung innerhalb der Strukturen des demokratischen Zentralismus gebildet und strebten sie die Durchsetzung dieser Meinungen innerhalb dieser Strukturen an. Dabei muß man stets darauf achten, die Auseinandersetzung mit den nunmehr Ausgeschlossenen in ihrer Entwicklung zu sehen und diese Entwicklung zu untersuchen und nicht nur einzelne Phasen dieser Entwicklung für sich zu nehmen, im Stile eines Indizienprozesses nach Beweisen zu suchen und nach Definitionen zu tüfteln.

Gerade so aber ist man in unserer Organisation oft an die Sache herangegangen und dementsprechend war auch die Kritik am Vorgehen von ZK und OL:

o der ZK-Beschluß spreche von erwiesener Fraktionstätigkeit ohne ausreichende Beweise vorzulegen;

o die Schädlichkeit des gesamten Verhaltens der beschuldigten Genossen, ihre abweichenden Anschauungen in Organisationsfragen werde nicht wirklich herausgearbeitet.

Diese Kritik macht sich an Nebenseiten fest und stößt überhaupt nicht zum Kern vor. Der schwerwiegende Fehler des KB bzw. der ehemaligen Leitung des KB Wien war es, daß sie die Leitsätze des Statuts nicht in hinreichendem Maße zum Gegenstand einer ständigen Auseinandersetzung gemacht haben und den Kampf um ihre Durchsetzung gegen die ständigen Verletzungen durch die Ausgeschlossenen nicht in hinreichendem Maße geführt haben. So konnte die Krankheit sich ungehindert ausbreiten und einen zersetzenden Einfluß ausüben. Die Herausarbeitung dieses Fehlers und das Lernen aus diesem Fehler erscheint gerade in unserer Organisation als besonders wichtig, in der die Prinzipien des Demokratischen Zentralismus noch auf ziemlich schwachen Beinen stehen und in der der Liberalismus in Organisationsfragen noch ziemlich fest verankert ist.

Unklarheiten über die org. Prinzipien als Frage der politischen Linie dürften auch dem Vorwurf der Reg.Pol. "daß die Fraktionstätigkeit von den übrigen inhaltlichen Positionen der Genossen getrennt wurde" zugrunde liegen. Die Widersprüche in diesen Fragen waren noch nicht zu antagonistischen, im Rahmen der Organisation nicht mehr lösbaren Widersprüchen geworden und in der Tat nicht der Grund für den Ausschluß. Zwar bildet sich eine Fraktion stets auf dem Boden einer abweichenden Linie, nicht aber ruft eine abweichende Linie notwendig eine Fraktion und die Mißachtung von Beschlüssen hervor. (Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit heißt ja nichts anderes, als die Unterordnung einer Linie unter die andere). Die Beschlüsse des ZK und der OL halten diese zwei Fragen richtig auseinander. Dies ist umso wichtiger, als gerade die Ausgeschlossenen wie auch Mitglieder z.B. des VKI mit der Behauptung hausieren gehen, die Differenzen in der Frage von Krieg und Revolution wären der eigentliche Ausschlußgrund, die Maßnahmen von ZK und OL hätten von vornherein darauf abgezielt, den Ausschluß der betreffenden Genossen mit formalen Mitteln zu ermöglichen.

Viel Verwirrung gab es auch dadurch, daß man sich daran machte, eine Fraktion definieren zu wollen, verbunden mit der Tendenz, die fraktionelle Tätigkeit zu verharmlosen ("man wird sich doch noch treffen dürfen").
Konfrontiert man solche Äußerungen mit dem Standpunkt von W.F.: "er sei bei einigen Sitzungen dabei gewesen, für ihn sei eine Klärung dieser Fragen nötig gewesen", so verlieren sie den Schein der Unschuld. Hier wird eine Klärung politischer Fragen aus der Grundeinheit verlegt in eine Gruppe, die sich de facto auf der Plattform einer abweichenden politischen Linie bildet und offen organisationsfeindliche Elemente in sich schließt, gleichzeitig geht diese Aktivität einher mit Nachlässigkeit und Inaktivität in der Grundeinheit".

In konzentrierter Form ballen sich alle in der Organisation aufgetretenen Fehler und Unklarheiten in der Position von

Gen. E.K. Der Meinungskampf müsse "zu Ende geführt" werden, erst dann seien Beschlüsse für die praktische Arbeit verbindlich; Unklarheiten von einzelnen Genossen über wichtige Beschlüsse der Org. berechtigten dazu, in der praktischen Arbeit dazu nicht aufzutreten; solange solche Unklarheiten bestünden, bestünde das Recht, mit jedem, auch außerhalb der Organisation, darüber zu reden.
Was heißt das, "der Meinungskampf müsse zu Ende geführt werden". Der Meinungskampf entbrennt über eine bestimmte po. Frage und mündet darin, daß sich eine Linie mehrheitlich durchsetzt. Insofern ist der Meinungskampf "zu Ende", als dieser Beschluß nun die pol. Praxis ausrichtet, bindend für alle Mitglieder, auch für die Minderheit, ist. Den Meinungskampf über die Frage von Krieg und Revolution hat es im KB gegeben, die Linie der Minderheit ist wiederholt von der Mehrheit abgewiesen worden, die Linie der Mehrheit hat sich in Beschlüssen niedergeschlagen. Das heißt nun nicht, daß es verboten wäre, diese Fragen in der Org. erneut aufzugreifen, zu versuchen, innerhalb der Strukturen des dem. Zentralismus erneut den Meinungskampf darüber zu führen. D.h. aber, daß dieser Beschluß, solange es ihn gibt, die Politik der Organisation ausrichtet, daß jedes Mitglied ihn nach außen zu vertreten hat. So und nur so ist ein einheitliches und geschlossenes Handeln der Org. möglich, ist überhaupt ein Eingreifen in die Klassenkämpfe möglich.
Die Genossin hat offenbar den Charakter einer komm. Organisation als Instrument des Proletariats zur Eroberung der Diktatur des Proletariats völlig aus dem Auge verloren und verwechselt eine komm. Org. mit einem losen Debattierklub. Die Sektion muß ihr Augenmerk darauf legen, die Genossin bei der Überwindung ihrer falschen Positionen zu unterstützen, wobei man ihr insbesonders die Unverträglichkeit ihrer organisatorischen Auffassungen mit einer auf das praktische Eingreifen in die Klassenkämpfe ausgerichteten Organisation klarmachen muß.

Wie gesagt, derartige Positionen hat es in mehr oder weniger scharfer Ausprägung in der ganzen Org. gegeben. Daneben haben mehrere Genossen ein äußerst seltsames und bedenkliches Argument ins Treffen geführt, und teilweise darauf beharrt, nämlich, die Beschlüsse liefen darauf hinaus, Mitglieder der Org. zur Spitzelei anzuhalten, auch der Ausdruck "Polizeibericht" fiel.

Man bedenke: die Polizei, ein Teil des Gewaltapparats des Staates, ist ein Instrument der Bourgeoisie zum Schutze ihrer Herrschaft und zur Niederhaltung der Volksmassen. Um diese Funktion erfüllen zu können, ist sie, gerade weil sie dem Volk und das Volk ihr notwendig feindlich gegenübersteht, angewiesen auf Spitzel, Denuntianten und Verräter.
Eine komm. Organisation hingegen beruht auf dem freiwilligen und bewußten Zusammenschluß von Menschen gleicher Grundanschauung zu einem gemeinsamen Ziel. Hier gibt es keine besondere, über den Mitgliedern der Org. stehende Macht, hier trifft jede Abweichung, jede schädliche Haltung jedes Mitglied selbst, ist der Kampf gegen jede Abweichung, jedes orgschädliche Verhalten ein Kampf zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele. Wenn nun das ZK die Mitglieder der Org. auffordert, diesen Kampf konkret bei der Zerschlagung der Fraktionstätigkeit zu führen, dann verlangt es nur etwas, was für alle Mitglieder eigentlich selbstverständlich sein müßte.

Die Organisation hat mit großer Mehrheit die Beschlüsse des ZK und der OL gebilligt, und hat in dieser Auseinandersetzung sicherlich auch größere Klarheit über die Prinzipien des dem. Zentralismus gewonnen, nichtsdestoweniger muß die Auseinandersetzung mit den org. Prinzipien vertieft und verbreitert werden. Mao sagt: "Manche Personen verstoßen gegen die Disziplin, weil sie nicht wissen, was Parteidisziplin heißt, während andere ... vorsätzlich die Disziplin brechen und die Unwissenheit vieler Mitglieder für ihre bösen Absichten ausnützen. Deshalb muß man die Parteimitglieder zur Parteidisziplin erziehen..."
(Mao AW II, S. 239)
Unmittelbar verbunden mit dieser Auseinandersetzung muß dabei ein verstärkter Kampf gegen jede Art von Liberalismus in Bezug auf die org. Prinzipien geführt werden, müssen die Leitsätze des Statuts in der täglichen Arbeit durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang soll auch die Änderung des Statuts des VKI aufgegriffen werden. Die Ltg. hat in ihrem Bericht zur DK hervorgehoben, daß die ersten beiden §§ des Statuts bedeuten, daß für die Mitgliedschaft in VKI die Anerkennung des Programms des KB die Voraussetzung ist, und die Pflicht jedes Mitglieds, dieses Programm und die in ihm festgelegte politische Linie nach außen zu vertreten, was natürlich insbesondere für die Beziehung gegenüber org.feindlichen Personen wie H.F., die unser Programm herabsetzen, oder gegenüber den ausgeschlossenen Fraktionisten gilt. Dementsprechend sind auch die Beschlüsse des ZK vom VKI anzuwenden.

im Auftrag der Leitung
P.S.
am 5. 11. 1976

2. BESCHLUSS DER SEKTION KULTUR ZU DEN BESCHLÜSSEN VON ZK UND ORTSLEITUNG IN DEN RS 3, 4 UND 5. (11.10.1976)

a) Der im ZK-Beschluß erhobene Vorwurf der Fraktionsmacherei einiger Genossen ist unberechtigt. Daran ändert auch das von der OL zusammengetragene "Beweismaterial" nichts, das inzwischen nicht mehr erwähnt wird. Gleichzeitig aber wird weiterhin von einer nachweislich stattgefundenen fraktionellen Tätigkeit gesprochen, womit dann ein Treffen zwischen H.F. und einigen im Zk-Beschluß gar nicht genannten Genossen gemeint ist, von dem, ohne mit einem einzigen Wort auf den Inhalt der Gespräche dieses Treffens einzugehen, behauptet wird, dies seien eindeutige Fraktionsmachereien.

Das ZK und die OL gingen nicht so vor, daß sie die falschen Ansichten der "Fraktionierer" offenlegten und die Mitglieder zum Meinungskampf gegen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus mobilisierten, um so gegen die Spaltung die Klarheit und Einheit der Kommunisten zu stärken; stattdessen ging das ZK und die OL

nur mit administrativen Maßnahmen vor, die von Anfang an darauf ausgerichtet waren, den Ausschluß der betreffenden Genossen mit formalen Begründungen, ohne inhaltliche Auseinandersetzung zu veranlassen.

b) Da von ZK und OL der Vorwurf der Fraktioniererei nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, wird im Bericht der OL RS4 die Behauptung aufgestellt, die Genossen des Elin-Kollektivs würden fortgesetzt das Statut mißachten. Die angeführten Beispiele untermauern diese Behauptun keinesfalls, sondern im Gegenteil, sie decken auf, daß die OL falsche Ansichten über die Durchführung des Meinungskampfs und über die Berechtigung von Genossen, an Leitungsbeschlüssen Kritik zu üben, haben dürfte.

c) Die in RS4 genannten Bedingungen, die die Gen. erfüllen müßten, um weiterhin in der Organisation zu bleiben, stellen keine 'praktische Anerkennung des Statuts' dar, sondern sind dafür angetan, die angeführten Gen. dazu zu zwingen, das falsche und schädliche Vorgehen des ZK und der OL in dieser Frage anzuerkennen.

d) Diesem Vorgehen entspricht auch die Tatsache, daß die OL die verschiedenen Stellungnahmen der betroffenen Genossen nicht veröffentlichte, bzw. den Genossen untersagte, ihre gemeinsamen Stellungnahmen in der Organisation zu vervielfältigen. Damit hat die OL den Meinungskampf um die Frage der Fraktionsmacherei und des korrekten Vorgehens gegen die Fraktion zu unterdrücken versucht.

Damit sich das Vorgehen von ZK und OL, wie es in den Beschlüssen von RS 3, 4, 5 zum Ausdruck kommt, nicht zu einer revisionistischen Linie im Meinungskampf verfestigt, ist es notwendig, daß die genannten Beschlüsse zurückgezogen und einer eingehenden Kritik unterzogen werden. Der Meinungskampf in einer kommunistischen Organisation kann nur in einer Atmosphäre der Offenheit und mit politischen Argumenten geführt werden. Mit dem Vorgehen der Leitungsorgane, insbesondere mit dem Ausschluß einiger Genossen, die in bestimmten Fragen eine andere Meinung vertreten, wird in KB-Österreich und in den Massenorganisationen eine Atmosphäre geschaffen, in der Genossen, die andere Ansichten als die Leitung und die Mehrheit der Organisation haben, befürchten müssen, daß man ihnen nicht mit politischen Argumenten entgegentritt, sondern mit administrativen Maßnahmen.

Deshalb fordert die Sektion Kultur, daß die Beschlüsse des ZK und der OL (RS 3,4,5) zurückgenommen werden, umfassende Selbstkritik geübt wird und die ausgeschlossenen Genossen voll rehabilitiert werden.

(382)

3. DIE STELLUNGNAHME DER KULTURSEKTION IST FALSCH; SIE IST IN IHREM KERN OPPORTUNISTISCH, SIE LÄUFT AUF DIE ZERSETZUNG DER KOMMUNISTISCHEN ORGANISATION UND AUF DIE LIQUIDATION DER KOMMUNISTISCHEN POLITIK HINAUS!

Anfangs muß berichtet werden:
von den drei Genossen, die bei der Abstimmung des Beschlusses der KS die Mehrheit gebildet haben, befinden sich zwei nicht mehr im VKI. Ein Genosse ist unmittelbar nach dem Bericht der Delegierten der Sektion über den Verlauf und Ergebnisse der 1.o.DK. ausgetreten, im wesentlichen mit der Begründung, daß in einer solchen Organisation wie dem VKI für seine Interessen kein Platz mehr sei; die Gen.A.K. ist erst vor krurzem ausgetreten und begründet ihren Schritt mit weitgehenden Differenzen in vielen Fragen der Politik.

Mit dem Austritt der beiden Genossen sind jene Auffassungen, die dem KS-Beschluß zugrundeliegen, sicher nicht aus dem VKI entfernt. Ähnliche Haltungen sind in einer Reihe von Sektionen von Genossen eingenommen worden und zeichnen sich lediglich dadurch aus, daß sie nicht die beschlußmäßige Form wie in der KS angenommen haben.

Nicht bloß die Tatsache, daß die KS bisher noch nicht ihren Beschluß von 11.10 revidiert hat, auch nicht, daß in dieser Sektion noch ein Genossen neben den oben erwähnten den Beschluß unterstützte, sondern v.a. die Verbreitung der KS-Beschluß-Standpunkte im VKI lassen es zweckmäßig erscheinen, sich über den "Bericht über die Debatte.." der Ltg. hinaus mit den Auffassungen der KS zu beschäftigen.

Neben schon im Bericht der Ltg. behandelten Fragen kreist die Stellungnahme der KS besonders um die Fragen:

a) Die Vorgangsweise von ZK und OL waren nicht richtig, es hätte
b) der Meinungskampf gegen die Fraktionierer "eröffnet" werden müssen, dann wäre man auch um den Ausschluß herumgekommen.

Aber gehen wir systematisch vor:

1) Die KS erklärt dem ZK und der OL, wie sie die Sache der Statutenverletzung besser hätte anpacken sollen:
"Das ZK und die OL gingen nicht so vor, daß sie die falschen Ansichten der 'Fraktionierer' offenlegten und die Mitglieder zum Meinungskampf gegen die Abweichungen vom Marxismus-Leninismus mobilisierten, um so gegen die Spaltung Klarheit und Einheit der Kommunisten zu stärken, stattdessen gingen das ZK und die OL nur mit administrativen Maßnahmen vor, die von Anfang an darauf ausgerichtet waren, den Ausschluß der betreffenden Genossen mit formalen Gründen ohne inhaltliche Auseinandersetzung zu veranlassen."
Die Genossen der KS übersehen geflissentlich, daß es sich bei den 'falschen Ansichten' der Fraktionierer um solche gehandelt hat, die im offenen Bruch des Statuts des KB Österreichs bestanden. Die Fraktionierer haben keineswegs das Statut oder Teile davon im Meinungskampf bekämpft, sondern schlicht <u>gebrochen</u>! Zwei Fraktionierer,

die als Delegierte der ELIN-Zelle bei der letzten DK des KB-Wien anwesend waren, hatten damals keine Einwände gegen das Statut des KB-Österreichs. Sie hatten auch keine diesbezüglichen Anträge eingebracht, sondern dem Statut zugestimmt. Wenn ihnen in der Zwischenzeit Bedenken gekommen wären, hätten sich den statutenmäßigen Weg einschlagen können. Bis zur Durchsetzung ihrer Meinung hätten sie sich daran halten müssen: "Zur Parteidisziplin gehört auch, daß sich die Minderheit der Mehrheit fügt. Wird die Ansicht der Minderheit abgelehnt, muß diese den von der Mehrheit angenommenen Beschluß unterstützen. Nötigenfalls kann sie die Angelegenheit in der nächsten Versammlung erneut zur Sprache bringen; abgesehen davon sind aber alle den gefaßten Beschlüssen zuwiderlaufenden Handlungen zunzulässig." (Mao Tse-tung, Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei).

Sinngemäß gilt das natürlich auch für die Fraktionierer, die nicht schon als Delegierte gegen das Statut des KB-Österreich hätten auftreten können. Aber es kann nicht die Rede davon sein, daß irgend einer der ausgeschlossenen Fraktionierer seine Differenzen zum Statut so formuliert hätte, daß es den Meinungskampf möglich gemacht hätte.

Feststeht: Auf der einen Seite haben sie dem Statut zugestimmt, auf der anderen haben sie es gebrochen und wollten sich für diesen Bruch schon gar nicht verantworten. - Wie empört waren sie, als die Fraktioniererei aufgedeckt wurde. Mit welch heiligem Zorn haben sie eine Entschuldigung für die Aufdeckung und die Forderung nach Rechenschaft verlangt!

Feststeht weiters: Das ZK und die OL waren aufgrund d.Statuts <u>verpflichtet</u>, Maßnahmen gegen den Statutenbruch zu setzen. <u>Sie waren verpflichtet</u>, die org.feindliche Linie aufzudekken. Demgegenüber waren die fraglichen Genossen, solange sie unserer Organisation angehörten, verpflichtet, das Statut anzuerkennen, vor allem die Beschlüsse der leitenden Kader und der Mehrheit (der gesamten Gründungskonferenz) zu beachten und nach außen zu vertreten. Die Fraktionierer haben in ihrer Arbeit nicht die Linie des KB Österreichs vertreten, sie wollten ihre persönlichen Ansichten vertreten. Sie haben gedacht, daß ihre persönlichen Ansichten alles - die der Organisation nichts sind! Das war ihr Fehler. Auf den wurden sie mit großer Geduld aufmerksam gemacht, den hätten sie korrigieren sollen. Aber sie wollten an diesem Fehler festhalten. Die OL bzw. die einzelnen KB-Zellen haben daraus die Konsequenz gezogen und mit dem Ausschluß der Fraktionierer bestätigt, was in der Tat schon eingetreten war: Die Fraktionierer sind keine Mitglieder des KB-Österreichs. Es ist also keineswegs so, wie es der KS'Beschluß feststellt: "daß die OL falsche Ansichten über die Durchführung des Meinungskampfes, über die Berechtigung von Genossen an Leitungsbeschlüssen Kritik zu üben, haben dürfte." Der OL und dem ZK den Vorwurf zu machen, daß sie die Beschlüsse der Gründungskonferenz, insbesondere das Statut, durchzusetzen bestrebt sind, ist grotesk. Das heißt aber auch, daß Statut und die Prinzipien des dem.Zentralismus von ihnen nicht ernst genommen werden. Mit einer solchen Haltung zu behaupten, daß es

darum ginge, "die Klarheit und die Einheit der Kommunisten zu stärken", zieht sich selbst den Boden unter den Füßen weg. Den Boden zieht man sich selbst weg, weil es einem ohne die Verwirklichung der Auffassungen des demokratischen Zentralismus nicht möglich ist, tatsächlich die Partei aufzubauen, die Führung der kämpfenden Arbeiterklasse zu übernehmen und zu siegen.

Noch einmal: "Aber die Partei ist nicht nur die Summe der Parteiorganisationen. Die Partei ist zugleich das einheitliche System dieser Organisationen, ihre Vereinigung in aller Form zu einem einheitlichen Ganzen, mit oberen und unteren Organen der Führung, mit der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, mit praktischen Beschlüssen, die für alle Parteimitglieder bindend sind. Ohne diese Bedingungen kann die Partei kein einheitliches organisiertes Ganzes sein, das fähig wäre, die planmäßige und organisierte Leitung des Kampfes der Arbeiterklasse zu verwirklichen." (Stalin, Grundlagen des Leninismus)
Die falschen Anschauungen, die das Herunterspielen des Statuts ausdrückt, liegen auf derselben Linie, wie die Fraktionierer, denen es nicht um revolutionäres Handeln, sondern ums Zurückzerren und Liquidieren der Politik ging. Dazu noch folgendes:

2) Auf dem Boden der ihm eigenen Tatsachenentstellung "verurteilt" der KS-Beschluß schließlich das Vorgehen der OL und des ZK, das er als "administrative Maßnahmen" und "formal" abkanzelt. Doch auch dieser Vorwurf gegenüber der revolutionären Linie in Organisationsfragen ist nicht neu. "Das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, das Prinzip der Leitung der Parteiarbeit von einem Zentrum aus ruft nicht selten Angriffe unbeständiger Elemente, Beschuldigungen wegen Bürokratismus', 'Formalismus', usw. hervor. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß eine planmäßige Arbeit der Partei als Ganzes und die Leitung des Kampfes der Arbeiterklasse ohne Durchführung dieser Prinzipien unmöglich wären. Leninismus in der Organisationsfrage bedeutet die unbeugsame Durchführung dieser Prinzipien." (Stalin, ebenda)

Die Genossen der KS haben ein absolutes Verhältnis zum Meinungskampf. Für sie ist der Kampf der Meinungen das demokratischste, was es gibt; eine Art Allheilmittel für alle Abweichungen vom Marxismus-Leninismus. Dagegen steht für sie das "formale" Vorgehen, das "Sich-an-Beschlüsse-halten" usw.....

Was sind das für Auffassungen?

Das ist ein Leugnen der Wichtigkeit des Zentralismus für die kommunistische Organisation. "Die Entwicklung der Demokratie und des Prinzips, alle zu Wort kommen zu lassen, sowie die Erweiterung des demokratischen Lebens in der Partei zielen im Grunde genommen darauf ab, den Zentralismus zu stärken, d.h. das Denken und Handeln der 'Mannschaft' der Parteikomitees mit Hilfe der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao zu vereinheitlichen und ihr zu ermöglichen, die revolutionären Massen

geschlossen zur Erfüllung der Aufgaben der Partei zu führen." (Der dem.Zentralismus in den Parteikomitees, PR 47/73)

Lenin hat darauf hingewiesen, "Bürokratismus versus Demokratismus, das ist eben Zentralismus versus Automatismus, das ist eben das organis. Prinzip der revolutionären Sozialdemokratie gegenüber dem organisatorischen Prinzip der Opportunisten der Sozialdemokratie. Letzteres ist bestrebt, von unten nach oben zu gehen, und verteidigt daher überall, wo es möglich ist und soweit es möglich ist, den Automatismus, den 'Demokratismus', der (bei denen, die mehr eifrig als klug sind) bis zum Anarchismus geht. Ersteres ist bestrebt, von oben auszugehen, es verteidigt die Erweiterung der Rechte und der Vollmachten der Zentralstelle gegenüber dem Teil." (Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück).

Die Genossen der KS haben also alles andere im Auge, als den Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Österreich. Unter dem Vorwand, daß das ZK und die OL den Meinungskampf mißchten, daß sie bloß "administrative" Maßnahmen setzen verbirgt sich, daß die Gen. der KS eine andere politische Linie verfolgen. Es kann daher nicht die Rede sein, daß ihre Stellungnahme eine "Atmosphäre der Offenheit" atmet, weil sie ihre organisatorischen Auffassungen nicht offen und klar äußern. Sie erklären nicht, wieso sich ihre Auffassungen von Demokratie und Zentralismus in der kommunistischen Organisation von denen von ZK und OL und denen im Statut (jetzt auch des VKI) unterscheiden.

Die Genossen der KS treten für eine andere Organisation ein. Sie bevorzugen den losen Zirkel, in dem kommunistische Ideen debattiert werden. Noch einmal Lenin: "Den Leuten, die sich an den weiten Schlafrock und die Pantoffeln des Oblomowschen Familienzirkels gewöhnt haben erscheint das formale Statut eng und beschränkt, lästig und niedrig, bürokratisch und knechtend, den 'freien' Prozeß des ideologischen Kampfes beengend. Der Edelanarchismus begreift nicht, daß ein formales Statut gerade notwendig ist, um die engen Zirkelbindungen durch eine breite Parteibindung zu ersetzen. Es war nicht nötig und nicht möglich, die Bindung innerhalb des Zirkels oder zwischen den Zirkeln in eine feste Form zu bringen, denn diese Bindung fußt auf Freundschaft oder auf einem nicht rechenschaftspflichtigen und nicht motivierten 'Vertrauen'. Die Parteibindung kann und darf weder auf dem einen noch auf dem anderen fußen. Sie muß sich stützen auf ein formelles (vom Standpunkt des undisziplinierten Intellektuellen) 'bürokratisch' redigiertes Statut, dessen strenge Einhaltung uns allein vor dem Zirkeldünkel, den Zirkellaunen, den Zirkelmethoden, jenem Gezänk bewahrt, das man den freien 'Prozeß' des ideologischen Kampfes nennt." (ebenda)

Die Genossen der KS sollten sich ihre Stellungnahme noch einmal überlegen und gegen die Linie des Opportunismus in Organisationsfragen und der Liquidation der Politik auftreten.

G.G.
gebilligt von der Leitung
am 5.11.1976

4. AUFFORDERUNG DES ZA AN DIE ZELLE HISTORIKER, E.F. AUSZUSCHLIESSEN

Nach ausführlicher Debatte im ZA und einer längere Zeit dauernden Auseinandersetzung des ZA mit E.F. ist der ZA zur Auffassung gekommen, daß ein weiterer Verbleib von E.F. in unserer Organisation nicht mehr möglich ist und fordert die Zelle Historiker daher auf, E.F. auszuschliessen.
Die hauptsächlichen Gründe dafür sind:
1. Die praktische Nichtanerkennung des Statuts unserer Organisation durch E.F. und zwar insbesondere folgender Bestimmungen: "Der ZA leitet zwischen den Delegiertenkonferenzen die gesamte Tätigkeit der Organisation." "Die Minderheit ist verpflichtet sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen, die unteren Ebenen den Beschlüssen der höheren Ebenen."

2. Die Weigerung von E. F., Selbstkritik zu üben bezüglich seiner haltlosen Beleidigungen der von den DKen und der GK gewählten leitenden Genossen des KB-Wien bzw. des KB Österreichs, bezüglich seiner absurden Behauptungen über die innerorganisatorischen Verhältnisse im KB-Wien und im KB-Österreichs, bezüglich der Verletzung der Einheit der Organisation nach außen in mindestens drei Fällen (H.F., R.F, Jo.)

Die explizite Weigerung, von der "Gemeinsamen Stellungnahme.." abzurücken und die explizite Ankündigung, die statutenwidrige Tätigkeit, die unserer Organisation Schaden zufügt, fortzusetzen.

E.F. hat bekanntlich am 20. und 27.8. an Besprechungen teilgenommen, bei denen H.F. entweder anwesend war oder hätte sein sollen. Das ZK, die Ortsleitung und verschiedene Genossen von KB und MLS haben mittlerweile klar unddeutlich den Nachweis erbracht, daß H.F. unserer Organisation feindlich gegenübersteht und eine Taktik des Verwirrens und Unterwühlens verfolgt, um den KB Österreichs zu schwächen und seine Spaltung zu erreichen. E.F. hat öfters mit H.F. Gespr äche über innerorganisatorische Verhältnisse, über Streitfragen in unserer Organisation durchgeführt. Diese Besprechungen vom 20. und 27.8. sind von ZK und Ortsleitung eindeutig als Besprechungen fraktioneller Natur bezeichnet worden. Der ZA hat sich bemüht, ihm dies in langer Diskussion klarzumachen.

Der ZA hat E.F. daher aufgefordert, bezüglich seiner Teilnahme an diesen Besprechungen Selbstkritik zu üben, da er nicht berechtigt ist, mit Organisationsfremden solche Besprechungen durchzuführen und durch seine Teilnahme den fraktionellen Absichten von H.F. Vorschub geleistet hat. Der ZA hat zugleich festgelegt, daß jeder weitere derartige Kontakt mit H.F. unterlassen werden muß und daß es die Aufgabe jedes Mitgliedes der MLS ist, gegen die zersetzende Tätigkeit von H.F. einen Kampf zu führen.

E.F. hat stattdessen weiter Besprechungen mit H.F. durchgeführt und gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Fraktion eine Stellungnahme von H.F., in der dieser den KB Österreichs beflegelt, in der MLS verbreitet.

E.F. hat im letzten Gespräch zwischen dem ZA und ihm auf die Frage, ob er einsehe, daß ein solches Verhalten die Nichtanerkennung des Statuts der MLS darstelle, geantwortet, wenn dies so sei, so sei er der Meinung, daß er eben das Statut in diesen Punkten brechen müsse, da er die Beschlüsse des ZA und des ZK bezüglich H.F. für falsch halte. Er habe auch weiterhin nicht vor, die Beschlüsse bezüglich H.F. einzuhalten.

E.F. hat bekanntlich gemeinsam mit anderen ehemaligen Mitgliedern des KB und Gen. M.P. die "Gemeinsame Erklärung" herausgegeben.
Obwohl der ZA ihm ausführlich den fraktionellen Charakter dieser Erklärung, die Unrichtigkeit ihres Inhalts erläutert hat, erklärte sich E.F. nur bereit, seine Arbeit in der Grundeinheit wieder aufzunehmen, war aber nicht bereit, Selbstkritik zu üben bezüglich der Bildung einer Fraktion mit dem Zweck, den Kampf gegen die ZK-Beschlüsse und die "revisionistische Linie im Meinungskampf" außerhalb der Organisation und ihrer Grundeinheiten zu führen, bezüglich des gemeinsamen Vorstoßes gegen die Beschlüsse der Leitungsorgane, bezüglich organisierter Zusammenarbeit mit H.F. Er war nicht bereit, den Aufruf zurückzuziehen, quer durch alle Organisationen hindurch Beratungen mit den mittlerweile Ausgeschlossenen durchzuführen, um den Kampf gegen die ZK-Beschlüsse und die "revisionistische Linie" zu führen.
E.F. war weiters nicht bereit, die haltlosen Beschuldigungen, die die gemeinsame Erklärung enthält, zurückzunehmen.
E.F. erklärte sogar, daß die in der gemeinsamen Erklärung enthaltenen Verletzungen des Statuts der MLS nötig seien, um den Kampf gegen die "revisionistische Linie im Meinungskampf im KB" zu führen und daß er sie fortsetzen müsse.

E.F. begründet seine Teilnahme an den Besprechungen vom 20. und 27.8. in seiner ersten Stellungnahme so, daß die Leitungsorgane auf den Plenas und auch sonst im Meinungskampf in unseren Organisationen, die Genossen daran hindern, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden, praktisch den Meinungskampf zu unterdrücken (beim Gespräch mit dem ZA: "Die Leitung den Meinungskampf auf eine völlig falsche und üble Weise durchgeführt hat"). Er ist der Meinung, daß diese Sichtweise seinerseits ihn dazu berechtige, Besprechungen über Fragen unserer politischen Linie quer durch die ganze Organisation und mit Organisationsfremden abzuhalten. Obwohl der ZA ihm sowohl die Unrichtigkeit seiner Behauptungen als auch die Statutenwidrigkeit eines solchen Verhaltens erläuterte, weigerte er sich, Selbstkritik bezüglich dieser Begründung und dieses Verhaltens zu leisten.
E.F. hat im Laufe seiner Gespräche mit dem ZA erklärt, daß er alle in seinen (vorliegenden) Stellungnahmen aufgestellten Behauptungen voll aufrecht halte und zwar sowohl die bezüglich der Vorgangsweise der Leitungsorgane als auch die bezüglich der innerorganisatorischen Verhältnisse, und daß er keinen Grund sehe, warum er damit der Organisation Schaden zufüge (wie es der Beschluß der Zelle Historiker feststellt).

E.F. angesprochen auf seine die Organisation schädigende Tätigkeit nach außen (s. Punkt 3 des ZA-Beschlusses vom 1.10. und die Enthüllung des ZL der Historikerzelle Gen.B. über sein Verhalten gegenüber dem Sympathisanten Jonny, das er bei der ersten Sitzung mit dem ZA selbst noch kritisierte, findet er in der zweiten Sitzung mit dem ZA gar nicht besonders bemerkenswert.

Der ZA der MLS ist daher insgesamt zur Ansicht gekommen, daß E.F. schon seit längerem Statutenbrüche begeht, trotz lang andauernder Kritik diese nicht eingestellt hat, sondern sie mit einer offenen Fraktionsbildung intensiviert hat, daß E.F. trotz energischer Hinweise auf unser Statut dieses auch formell nur bedingt anerkennt und sich das Recht zuspricht, in Fällen, wo er vom ZA abweichende Auffassungen über wichtige Fragen hat, es nicht einzuhalten; daß E.F. schon sehr weit von unserer Organisation entfernt sein muß, wenn er sich weigert, offensichtlich unrichtige, beleidigende Behauptungen über die leitenden Genossen und über die innerorganisatorischen Zustände zurückzunehmen; daß E.F. schon so weit entfernt von unserer Organisation ist, daß er den Grundsatz der Einheit nach außen mehrfach verletzt hat und keiner Kritik darüber mehr zugänglich ist. Er hat durch sein Verhalten in der Organisation und vor allem gegenüber Sympathisanten der MLS beträchtlichen Schaden zugefügt.

Der ZA ist zur Auffassung gekommen, daß E.F. gegenwärtig nicht bereit ist, unser Statut anzuerkennen, daß er nicht bereit ist, die unsere Organisation schädigende Vorgangsweise im Inneren und nach außen einzustellen, sodaß eine organisatorische Trennung von E.F. unumgänglich geworden ist. Aus diesem Grund fordert der ZA die Zelle Historiker auf, E.F. unverzüglich auszuschließen und bei dieser Gelegenheit Selbstkritik bezüglich des liberalen Verhaltens im Beschluß vom 7.10. (s. Stellungnahme des ZA zum Beschluß vom 7.10.) zu üben.
Die Zelle Historiker muß praktisch zeigen, ob sie selbst gewillt ist, das Statut unserer Organisation anzuerkennen.

BEMERKUNGEN zu diesem Beschluß:

Die Entwicklung von E.F. ist nich plötzlich vor sich gegangen, wenn gleich sich auch erst in den letzten Tagen entschieden hat, welchen Weg er gehen will.
E.F. sagt selbst, daß er gegenwärtig in vielen grundsätzlichen Fragen andere Auffassungen wie der KB Österreichs hat, daß er schon seit längerem Zweifel an der Richtigkeit unserer Linie und abweichende Positionen hatte. Trotzdem hat er niemals in geordneter Weise diese Zweifel und Abweichungen zusammengefaßt und unserer Organisation bekanntgemacht. Er hat zwar Kritik geübt, aber meist in aggressiver, oft motzerischer Form. Er hat zugleich gesehen, wie andere Genossen, die ähnliche Auffassungen wie er hatten, sich mit diesen bürgerlichen Positionen in unserer Organisation und im KB nicht durchsetzen konnten.(Mittlerweile hat die 2.a.o.DK der MLS die Gründungsdokumente diskutiert und ihre Linie gebilligt). E.F. hat daraus nicht den Schluß gezogen, daß er seine Positionen umso genauer überprüfen müßte, um Klarheit zu schaffen. Er hat stattdessen (wie in der "1.Stellungnahme") begonnen, die leitenden Genossen wegen Unterdrückung des Meinungskampfes, bürokratischer Vorgangsweise und Verletzung der Organisationsprinzipien anzu-

greifen und sich daraus die Nichtdurchsetzung seiner Positionen zu erklären versucht. Er hat daraus dann auch die Notwendigkeit abgeleitet, Besprechungen quer durch die Organisationen durchzuführen - auch mit Organisationsfremden. E.F. hat zu diesem Zeitpunkt bereits das Vertrauen verloren, daß er sich in der MLS, in seiner Grundeinheit, mit seinem ZA-Verantwortlichen, Klarheit über seine abweichenden Positionen hätte verschaffen können. Stattdessen hat er intensive Kontakte zum früheren Mitglied des KB, H.F. aufgenommen, über dessen schädliche Tätigkeit aber die Leitungsorgane nicht informiert, sondern dieser wie auch im Falle von R.F. sogar Vorschub geleistet und seinen Versuchen, in unserer Organisation Wühlarbeit zu leisten, ebenfalls trotzdem Vorschub geleistet (Sitzungen am 20., 27.8.).
Trotzdem hat er in dieser Zeit nicht an der Herausgabe einer klaren, s eine Differenzen offenlegenden Stellungnahme zu Programm und Gründungsdokumtnen gearbeitet, sodaß der ZA Anfang September Genossen H.K. beauftrage, die Debatte in der Historikerzelle in Gang zu bringen. Bis eine Woche vor der a.o.DK der MLS hatte dort die Debatte über die Gründungsdokumente immer noch nicht begonnen; u.a. auch d eswegen, weil E.F. s eine St3llungnahme zu Programm und Gründungsdokumenten nicht deponiert hatte. Damit hat er es dem ZA unmöglich gemacht, mit ihm e ine offene Auseinandersetzung über seine Positionen zu führen.
E.F. wurde dann im Zuge des Kampfes gegen die Fraktion und die schädliche Tätigkeit von H.F. mehrfach zu Selbstkritik bez. seines Verhaltens aufgefordert. Er war dazu nicht bereit, im Gegenteil legte er sich daraufhin immer mehr auf die Richtigkeit seiner abweichenden Auffassungen über organisatorische Fragen fest, ging zur offenen Mißachtung der Leitungsbeschlüsse über und beteiligte sich an der fraktionellen Tätigkeit der mittlerweile Ausgeschlossenen. Und dies obwohl der ZA vor der "Gem.Stellungnahme" (der Fraktion) ihm die Schädlichkeit fraktioneller Tätigkeit vor Augen geführt hatte, und ihn zu Selbstkritik wegen seiner Teilnahme an den Besprechungen vom 20. und 27.8. aufgefordert hatte.
Nach der gem. Stellungnahme beschloß der ZA, mit E.F. Gespräche über seine Auffassungen und seine Stellung zum Statut durchzuführen; diese zogen sich über zwei Sitzungen hin und erbrachten das oben angeführte Resultat. Der ZA erläuterte dabei die Beschlüsse bezüglich H.F., die Schädlichkeit von fraktioneller Tätigkeit, widerlegte die Pauschalbeschuldigungen und haltlosen Angriffe auf leitende Genossen des KB und diskutierte mit E.F. über sein Verhalten gegenüber Sympathisanten. In der zweiten Sitzung wurde E.F. das Statut und seine Verstöße gegen dieses erläutert
Der ZA ist der Meinung, daß er alles versucht hat, um E.F. zu gewinnen, und zur Anerkennung unseres Statuts und unserer Organisationsprinzipien zu gewinnen. Er ist der Meinung, daß dies gegenwärtig nicht möglich ist.